

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Kiesenleger, Ofenseher, Steinhölzer und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund  
Berlin SW 48, Friedrichstraße 5, 6. Fernsprecher:  
17 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin 65232.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,  
Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

### Ein Jahrzehnt Verband sozialer Baubetriebe.

Seit es in Deutschland eine Bauhüttenbewegung gibt, sind zwar mehr als 10 Jahre vergangen, aber der Verband sozialer Baubetriebe (VSB) feiert erst in diesen Tagen sein zehnjähriges Bestehen. Die Bauhüttenbewegung ist 1918 nach Beendigung des Weltkrieges mit seinem für Deutschland katastrophalen Niederbruch ins Leben gerufen worden. In schwerer Notzeit geboren, ist sie doch nicht ein Notkind, sondern von der organisierten Bauarbeiterchaft, die anfangs ganz allein an der Wiege des heute zehnjährigen stand, bewußt gewollt aus der Ueberzeugung, daß die privatkapitalistische Wirtschaft von Jahr zu Jahr immer mehr ihre Unfähigkeit zeigen wird, alle Menschen ernähren, kleiden und behausen zu können.

Im Geburtsjahr der Bauhüttenbewegung war die Luft erschüttert von dem durchaus berechtigten und gerechtfertigten Ruf nach Sozialisierung. „Sozialisierung des Bergbaues“, „Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft und des Kalibergbaues“, „Sozialisierung der Wirtschaft“, das waren die Losungen des Tages. Wenngleich ausgesprochen werden muß, daß die Revolutionsregierung infolge der politischen Uneinigkeit der Arbeiterchaft manches verabsäumt hat, so konnte sich doch wegen des überaus starken außenpolitischen Druckes der Siegermächte, die die politische Einheit Deutschlands bedrohten und durch Ausschluß vom Weltmarkt die wirtschaftlichen Lebensvoraussetzungen des deutschen Volkes zu vernichten drohten, die Regierung nicht genügend mit den Problemen der Sozialversicherung befassen. Es muß auch darauf verwiesen werden, daß Zeiten des wirtschaftlichen Zusammenbruchs sehr wenig geeignet sind, eine Sozialisierung durchzuführen. — Für den marxistisch geschulten Sozialisten ist dies nichts Neues. Nach Karl Marx kann Sozialisierung nur die Umwandlung der auf höchster ertragreicher Stufe stehenden privatkapitalistischen Wirtschaft sein, um nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen auf wirtschaftsdemokratischer und schließlich auf sozialistischer Grundlage die Produktion zu vergrößern. Jede Sozialisierung ist Unsinn, wenn sie nicht eine Steigerung der Gütererzeugung bewirkt. Eine Sozialisierung, deren hervorragendste Merkmale Brot-, Butter-, Fett- und Seifenkarten wären, müssen Sozialisten ablehnen. Unser Ziel ist nicht, alle arm zu machen, sondern allen dienenden und produktiven Gliedern des Volkes das zu geben, was zum menschlichen Leben gehört, darin eingeschlossen auch die Kulturbedürfnisse, die eine sozialisierte Wirtschaft im vollkommenen Maße befriedigen muß. Eine Bedarfsdeckungs- und bedürfnisbefriedigende Wirtschaft ist also das Ziel. Die Voraussetzung hierzu sind gesunde und intakte Produktionsglieder. 1918 fehlte es hieran.

Den Ruf nach Sozialisierung setzte der Deutsche Bauarbeiter-Verband schon gleich nach der Umwälzung in die Tat um. Seine Mitglieder gründeten Bauarbeiter-Produktivgenossenschaften und Bauhütten. Der neueste Zweig der Arbeiterbewegung wuchs so stark, daß schon frühzeitig eine Zusammenfassung aller Betriebe notwendig war, um mit einheitlichen Grundsätzen auf einheitlicher Grundlage erfolgreicher dem neuen Ziele zustreben zu können. Deshalb wurde am 16. September 1920 im Sitzungssaal des Bauarbeiter-Verbandes in Hamburg der Verband sozialer Baubetriebe gegründet. Am 1. Oktober 1920 nahm er in Berlin seine Geschäfte in zwei kleinen Hinterzimmern auf. In den 10 Jahren, die der Verband nun zurückgelegt hat, ist die Bauhüttenbewegung durch mancherlei Gefahren und Schwierigkeiten gegangen — die größte davon war die Inflation —, aber sie hat sich auch in den kapitalistischen Währungs- und Wirk-

schaftsstürmen gut geschlagen und behauptet. Dabei ist das Kind erst zehn Jahre alt. Das rechtfertigt durchaus, daß sein zehnjähriger Geburtstag demnächst im Schauspielhaus der Berliner Volksbühne gefeiert wird. — Schon längst sitzt der VSB. nicht mehr in jenen beiden Hinterzimmern in der Linkstraße. Ueber eine als Büro dienende Wohnung im fürnehmen Berliner Westen ist der VSB. schon vor einigen Jahren in das Haus des DGB. übergesiedelt und verkörpert nun mit der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisation und der in demselben Hause untergebrachten Zentrale der Arbeiterbank eine wirtschaftssoziale Dreieinigkeit. Die Geburtstagsfeier in der der kunstförmigen Berliner Arbeiterchaft gehörenden Volksbühne wird ein weiteres Symbol dafür sein, daß materielle und kulturelle Bedarfsdeckung nur durch den Sozialismus möglich ist.

Alle Kinder machen ihren Eltern Sorgen. Das ist auch bei den Bauhütten und beim VSB. der Fall. Die Sorgen, die aus den wirtschaftlichen und sozialen Stürmen der vergangenen und unserer Zeit erwachsen sind, haben wir gestreift. Es soll nicht verschwiegen werden, daß es auch noch andere Sorgen gibt. Sie stehen nicht so sehr mit der Struktur der privatkapitalistischen Wirtschaft im Zusammenhang, sondern mehr mit Personen, die allerdings auch von den privatkapitalistischen Produktionsverhältnissen geformt sind. Daß die Unternehmer und ihre Söldlinge jeder auf Gemeinwirtschaft abzielenden Bewegung spinnefeind sind, ist logisch. Die machen uns auch keine Sorgen; das sind natürliche Gegner. Aber manche vereinzelte Reibung hat sich ergeben aus der falschen Einstellung leitender Bauhüttenleute. In ihrem an und für sich anerkennenswerten Bestreben, den Betrieb und die Bewegung groß und stark zu machen, ist bei manchem Bauhüttenleiter der Geschäftsführer mit dem Sozialisten durchgegangen. Bei einigen war sogar der so dringend notwendige Sinn für Gemeinwirtschaft nicht vorhanden. Manchmal zogen auch Theoretiker Unwichtiges mit großer Geste und wissenschaftlichem Getue auf, erregten Kopfschütteln und manchmal auch berechtigten Widerstand bei den Belegschaften, den Praktikern. Es kam auch vor, daß unter Verkennung der Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft falsche Schlussfolgerungen gezogen und Maßnahmen getroffen wurden, die gemeinwirtschaftlichen Geist vernichten ließen. Mehr Verständnis für die nicht immer unrichtigen Gedankengänge der Handarbeiter tat oftmals not und tut auch heute noch manchmal sehr not! Vor allem müßte mancher Bauhüttenleiter mehr als bisher auf die Stimme der Praktiker hören. Gewiß, das alles sind Kinderkrankheiten, und solche Schwierigkeiten werden überwunden werden; die Bauhüttenbewegung war bisher stark genug, wesensfremde Elemente abzustößeln. Wer den vorstehenden Absatz mit besonderer Befriedigung gelesen hat, der sei gebeten, nicht zu vergessen, daß die Bauhüttenbewegung mehr als jeder andere Zweig unserer Arbeiterbewegung sich erst die richtigen Leute als Leiter und Führer heranziehen und erziehen muß. Daß sie diese Aufgabe nicht schon jetzt restlos gelöst hat, daraus kann man einem erst zehnjährigen keinen Vorwurf machen.

Dies um so weniger, als einem Großteil derer, denen die Bauhütten das Instrument sein sollen zur Umwandlung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische Gesellschaft, also in der Arbeiterschaft, ja sogar in gewissen Gewerkschaftskreisen noch sehr oft das Verständnis fehlt für die große Bedeutung der Bauhüttenbewegung, für ihren Kampf um nächste und ferne Ziele, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen,

um Luft und Licht, um Wirtschaftsdemokratie, Gemeinwirtschaft und Sozialismus. Sich besonders aufgeklärt Dünkende, deren Generalvertretung in Moskau den Marxismus in Erbpacht genommen hat, in gewissem Maße im sogenannten Marx-Engels-Institut konvertiert, reden sogar vom „Sozialisierungsschwindel“. Es wird unsere Aufgabe und die der Bauhüttenmänner sein müssen, gemeinsam für die weitere Ausbreitung des Bauhüttengedankens zu kämpfen, weitere Kreise und besonders die Gehirne der Mehrheit der Hand- und Kopfarbeiter für diese Bewegung zu gewinnen!

Daß die Bauhüttenbewegung — wir reden bewußt stets von ihr, weil das Geburtstagskind doch ihr vornehmster Repräsentant ist — in der sozialistischen Gedankenwelt wurzelt, zeigen schon wenige Gedankengänge hervorragender Führer der Arbeiterbewegung. Schon in den sechziger Jahren empfahl Karl Marx den Arbeitern, „sich viel mehr mit Kooperativ-Produktion als mit Kooperativ-Krämereien zu befassen“. Die letzteren — so sagte Marx — berühren nur die Oberfläche des ökonomischen Lebens, die ersteren aber greifen es an den Wurzeln an. Die Bauhüttenbewegung ist eine Kooperativ-Produktion, die Bauhütten sind Einrichtungen der Gemeinwirtschaft, stehen als solche in ihrem Dienst und werden bei der zunehmenden Anarchie der kapitalistischen Gesellschaft immer berufener sein, eine der größten sozialen Fragen unserer Zeit, die Wohnungsnot, das Wohnungselend zu beheben. Mehr Licht und mehr Luft, uns und unseren Kindern! Diese Forderung wird die privatkapitalistische Wirtschaft nicht erfüllen; ja, sie kann sie nicht erfüllen, weil sie eine Profitwirtschaft ist. Und der Hausagrariert-Profit versperrt den Wohnungen Licht und Luft; die Profitwirtschaftler bauen nur Mietkasernen, die Gemeinwirtschaft aber läßt Raum für Luft und Licht, gibt den Kindern Sonne und Spielplätze inmitten der Wohnstätten. Bauhütten und Gemeinwirtschaft kennen keinen Profit, sie sind sozialistische Keimzellen, die nach Marx zu schaffen notwendig sind zur Ablösung der privatkapitalistischen Wirtschaft. Auch auf einen zweiten Großen der Arbeiterbewegung kann sich die Bauhüttenbewegung berufen: auf Ferdinand Lassalle. Er forderte Produktivassoziationen, die im Dienste der Gemeinschaft stehen, keinen Profit kennen und nach und nach die privatkapitalistischen Betriebe ersetzen sollen. In der Bauhüttenbewegung sind also Marx'sche und Lassalle'sche Gedanken verwirklicht. Sie ist eine in die Tat umgesetzte Synthese von Gedanken dieser beiden großen Führer der Arbeiterschaft. Sie bedeutet Vorarbeit für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Schon dieser Nachweis von der Bedeutung der Bauhüttenbewegung erklärt zur Genüge, warum alle Tagungen unserer Organisation der sozialen Wertschätzung der Bauhüttenbewegung durch Bereifstellung großer Mittel Ausdruck verliehen haben. Schon in Weimar im Jahre 1919 bekannte sich der Verbandstag des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes zum Sozialisierungsgedanken. „Politische Umwälzung ist noch nicht die Sozialisierung der Gesellschaft, an der Sozialisierung der Gesellschaft mitzuarbeiten wird Aufgabe der Gewerkschaften sein“, so hieß es in einem Aufruf, der unmittelbar nach der Umwälzung 1918 im „Grundstein“ veröffentlicht wurde. Der Verband sozialer Baubetriebe wurde geschaffen, „weil wir mit der Sozialisierung nicht warten wollen, bis der Arbeiterklasse die ganze politische Macht zufällt“. Die Bauarbeiter hatten eingesehen, daß sie es selbst sind, die die Sozialisierung vorzubereiten praktisch in Angriff nehmen müssen. „Das Werk der Befreiung

der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Dabei waren sich die Gründer des W.B. über die Tragweite ihres Vorhabens von Anfang an völlig klar. In den heute noch bedeutungsvollen Leitartikeln, die Dr. Wagner für die Gründung eines Verbandes sozialer Baubetriebe vorlegte, hieß es:

1. Sozialismus ist Neuland, das nicht als Paradies entdeckt und in Besitz genommen werden kann; Sozialismus ist Neuland, das der kapitalistischen Flut mühsam und Scholle um Scholle abgerungen werden muß. Diese Schollenarbeit der Pioniere einer neuen Gemeinwirtschaft muß unter Schutz gestellt werden; ihrer Hände Arbeit muß eingebüßt werden durch einen Verband sozialer Baubetriebe.

2. An den Aufbau einer neuen Gemeinwirtschaft können wir nur unter der Perspektive einer Generationen fesselnden harten Arbeit herangehen. Der Bau muß fest fundiert sein. Er muß auf eine enorme wirtschaftsstatistische Widerstandskraft hin angelegt werden und darum einen gewissen Ueberfluß an Fundament aufweisen, das von der kapitalistischen Flut nicht unterspült werden kann.

3. Die ersten sozialisierten Betriebe werden bis zum Halbe in dieser kapitalistischen Flut stehen. Ihre Arbeit ist eine Pionierarbeit. Sie sind die Sturmtruppen für den Sozialismus. Schwächlinge sind für diese Sturmtruppen untauglich. Sie sollen Wirtschaftsbeweise für den Sozialismus bringen unter denkbar erschwerten Umständen. Die jungen Betriebe müssen darum erhöhte Erträge, nicht den kleinen, sondern den großen Befähigungsnachweis erbringen, wenn ihre Arbeit die Beweiskraft für eine Verallgemeinerung haben soll, und das muß sie.

4. Der Verband sozialer Baubetriebe hat die schwere Aufgabe, die in aufopfernder und verantwortungsvoller

Arbeit stehenden Sturmtruppen unter seinen Schutz zu nehmen und neue Sturmtruppen zu bilden und zur Arbeit anzuführen. Keinesfalls darf er zu einem Lazarett verunglückter Betriebe oder verfehlter Gründungen werden. Er muß sich das Recht der Musterung und Auslese, das Recht schärfster Kontrolle und wirtschaftspolitischer Leitung vorbehalten.

Der Verbandstag des Bauarbeiter-Verbandes in Karlsruhe 1920 schuf dann die finanzielle Grundlage. Andere Verbände, besonders baugewerbliche Arbeiter- und Angestelltenverbände, kamen später hinzu. Aber immer noch fehlen einige Gewerkschaftsverbände. Hoffen wir, eingedenk dessen, daß der Bauhüttenbewegung eine sozialistische Triebkraft von ungeheurer Maße innewohnt, daß der Kreis der Förderer immer größer werde. Die im Deutschen Baugewerksbund, dem größten Förderer der Bauhüttenbewegung, vereinigten Bauarbeiter wünschen dem W.B. für das nächste Jahrzehnt seines Wirkens einen Aufschwung, der der Gemeinwirtschaft einen größeren Wirkungskreis geben wird. Dem Verband sozialer Baubetriebe auch fernerhin unsere besten Sympathien und die tatkräftige Unterstützung unseres Bundes! Im großen geschichtlichen Kampf des Proletariats um seine Befreiung wird der W.B. in der großen Front von Gewerkschaftern, Sozialisten und Genossenschaftlern ein unentbehrlicher Mitstreiter sein. Dem Weg- und Kampfgenoßen zu seinem zehnjährigen Bestehen unseren Gruß!

### Konferenz des Bundesbeirats und Bundesvorstandes.

Vor Eröffnung unseres dritten Bundestages sagte am 25. September in Frankfurt a. M. unser Bundesvorstand mit dem Bundesbeirat, um über den Stand des Bundes zu beraten und Stellung zu nehmen zu den wichtigsten Fragen, die auf dem dritten Bundestag zur Beratung stehen. Der Bundesvorsitzende Nikolaus Bernhard besprach nach Begrüßung der Erschienenen zunächst den Stand des Bundes und die politische Lage. Das Resultat der Reichstagswahl sei ein Zeichen der Zeit. Die Ungunst der wirtschaftlichen Lage, die Zeit der Not hat zur Radikalisierung der Massen, vor allem der jungen, politisch noch nicht durchgeheilten Wähler erheblich beigetragen. Trotz dieser Ungunst, trotz maßloser Verheerung gegen die Sozialdemokratie hat sich diese wacker gehalten. Die Erfolge ihrer Gegner werden keine dauernden sein. Ueber die Art des künftigen Regierungskurses läßt sich noch nichts sagen. Die Arbeitsmarktlage ist trotz der „Sanierungsmaßnahmen“ der Brüning-Regierung nach wie vor trostlos. Immer noch sind etwa 40% aller Bauarbeiter arbeitslos. Weder das Arbeitsbeschaffungsprogramm noch das zusätzliche Wohnungsbauprogramm haben eine Erleichterung der wirtschaftlichen Lage gebracht. Der deutsche Städtetag, der morgen in Dresden zusammentritt, wird wichtige Beschlüsse zu fassen haben. Unser Bundesvorstand hat dem Präsidium des Städtetages unterm 22. September folgendes Schreiben zugestellt:

„Wir entnehmen der Presse, daß Ihre Organisation Ende dieses Monats zu ihrer Jahresagung zusammentritt. Anlässlich dieser Tagung dürfen wir uns erlauben, auf die Notlage hinzuweisen, die bei der Bauarbeiterschaft herrscht. Im bisherigen Verlauf des Jahres betrug der Tiefpunkt der Arbeitslosigkeit 38,05 Prozent. Dieser Stand wurde am 28. Juli 1930 erreicht; seither ist die Arbeitslosigkeit wieder im Steigen. Der Verdienstausfall, den unsere Bundesmitglieder in diesem Jahre erlitten, beträgt, am möglichen Höchstverdienst bei voller Beschäftigung gemessen, etwa 770 M oder knapp 50% des Verdienstes, der bei voller Arbeitszeit hätte erreicht werden können. Er ist mehr als doppelt so groß als der Verdienstausfall, den unsere Bundesmitglieder im Durchschnitt der beiden letzten Jahre mit etwa 370 M in der gleichen Zeit zu verzeichnen hatten. Wir bedauern, feststellen zu müssen, daß die deutschen Städte an der katastrophalen Entwicklung des baugewerblichen Arbeitsmarktes nicht ganz unschuldig sind. Der Beschluß des Deutschen Städtetages und der Deutschen Girozentrale vom Oktober vergangenen Jahres, die Aufnahme neuer Schulden funktions einschränken und die aufgelaufenen kurzfristigen Schulden mit Hilfe des Einlagenwachses bei den Sparkassen möglichst schnell zu konsolidieren, hat dem Baumarkt für viele Hunderte von Millionen Aufträge entzogen. Zu dem Auftragsausfall, der, durch die Einsparungsmaßnahmen veranlaßt, die Bau-tätigkeit für Rechnung der Städte trifft, treten noch die Ausfälle, die der Wohnungsbau durch die vorweggenommene Festlegung des Spareinlagenwachses und dessen unbefriedigende Entwicklung erlitten hat. Wir müssen den so begründeten Ausfall für den Wohnungsbau unter Berücksichtigung der Kredite, deren Inanspruchnahme von der Möglichkeit, Hypotheken aus Sparkassengeldern aufzunehmen, abhängt, für die ersten acht Monate dieses Jahres auf mindestens eine halbe Milliarde beziffern. — Auf der anderen Seite dürfen wir feststellen, daß die Entwicklung des baugewerblichen Arbeitsmarktes den Kommunalverwaltungen selbst immer ernster Sorge bereitet. Schon jetzt werden die städtischen Wohlfahrtsämter von etwa einer halben Million Personen in Anspruch genommen, die sich in nicht unerheblichem Maße aus der Bauarbeiterschaft rekrutieren. Mit Fortgang des Jahres wird sich die Zahl der unterstützungsberechtigten Bauarbeiter noch mehr erhöhen, da ein sehr großer Teil der noch in Arbeit stehenden Bauarbeiter durch die Neuregelung ihrer Ansprüche gegenüber der Arbeitslosenversicherung unmittelbar den städtischen Wohlfahrtsämtern zur Last fallen wird. — Unter diesen Umständen bitten wir, ernsthaft prüfen zu wollen, ob eine Revision der kommunalen Umschuldungspolitik nicht geraten erscheint. Uns will es jedenfalls scheinen, daß die finanzpolitischen Vorteile der Umschuldungsaktion jetzt, nach Befestigung der kräftesten Fälle, nicht mehr groß genug sind, um eine weitere Verwüftung des baugewerblichen Arbeitsmarktes zu rechtfertigen. Dabei denken wir nicht nur an den Wohnungsbau, sondern auch an Schulen, Kraftwerke, Straßen, Kanalisierungen. Auch scheint uns fragwürdig, ob Umschuldungen und Belastung des Wohlfahrtsamtes rein

kostenmäßig noch in einem gesunden Verhältnis stehen. Wir hoffen, daß eine eingehende Abwägung aller dieser Umstände zu einer baldigen Revision der kommunalen Finanzpolitik führen wird. — Wir dürfen ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß wir die Umschuldungsaktion nicht etwa grundsätzlich mißbilligt haben, trotzdem wir uns klar darüber waren, daß sie für die Bauarbeiterschaft schwere Anzuträglichkeiten mit sich bringen würde. Wir glaubten, sie im Interesse der Gesundung des kommunalen Finanzwesens in Kauf nehmen zu müssen, sofern sie, wie es dann auch geschah, nicht mit der ursprünglich genannten Rigorosität durchgeführt werden würde. In diesem grundsätzlichen Standpunkt halten wir auch heute noch fest. Das Zusammentreffen vieler die Lebenshaltung der Bauarbeiter beeinträchtigender Momente veranlaßt uns gleichwohl zu dieser Anregung.“

Der Deutsche Städtetag wird zu diesem Schreiben Stellung nehmen müssen. — Unser Mitgliederstand hat sich angesichts der fortgesetzt furchtbaren wirtschaftlichen Notlage etwas verringert, er ist um 2,5% zurückgegangen. Auch die Hauptkasse des Bundes leidet unter der wirtschaftlichen Ungunst. Die Ausgaben übersteigen in diesem Jahr die Einnahmen. Natürlich tut dies unserer etwaigen Aktivität wenig Abbruch; aber eine Mehrausgabe aus der Bundeshauptkasse von rund 54% gegenüber ihrer Einnahme bedeutet immerhin eine empfindliche Schwächung unserer Kassenmittel. Nach den angestellten Ermittlungen lagern in unseren Ortskassen verhältnismäßig zu große Geldsummen, es sei dafür zu sorgen, daß diese Gelder, die der Hauptkasse gehören, dieser auch zuzuführen sind, daß sie nutzbringend angelegt werden können. Im übrigen darf uns die Krise nicht abhalten, in unserer Werbearbeit irgendwie nachzulassen; unser gewerkschaftliches Rüstzeug muß gut erhalten bleiben. In einigen Baugewerkschaften ist die Unterstützungsanweisung leichfertiger gehandhabt worden, solchen Baugewerkschaften muß das Recht der Auszahlung entzogen und die Unterstützung über die Hauptkasse angewiesen werden. Dies muß außerdem geschehen bei allen Unterstützungsgesuchen, wenn in dem Mitgliedsbuch des Unterstützungsbezieheres ausländische Beitragsmarken enthalten sind. Die Ortsausschüsse des UGB, sollten angewiesen werden, für arbeitslose Mitglieder keine Beiträge anzufordern. An dem Bauhüttenfest in Berlin wird auch der Bundesbeirat teilnehmen. Bei korporativen Uebertritten einzelner Sondergruppen zu unserem Bunde sollte bei Festlegung der Uebertrittsbedingungen möglichst Toleranz geübt werden; jedoch wird hierbei unter Prüfung der Gesamtverhältnisse immer von Fall zu Fall entschieden werden müssen. Die Akkordtarife für Maurer und Steinträger in Hamburg, die von den Unternehmern gekündigt worden waren, dürften voraussichtlich bis zum 31. März 1931 verlängert werden. Das erste Tarifamt hat diese Verlängerung beschlossen, jedoch liegt die Befestigung durch die Parteien noch nicht vor. Anschließend machte der Redner einen Ausflug in die Tarifgebiete anderer Berufe, wobei er allgemein die Lohnabbaugeschäfte der Unternehmer einer Betrachtung unterzog und deren wirtschaftliche Sinnwidrigkeit beleuchtete. Dabei erwähnte er auch die Scharfmachereien, die der „Baukurier“ in fast jeder Nummer zu verzapfen bemüht ist. Er verwies ferner auf die Anstrengungen, die von Unternehmern oder unternehmerbefehligen öffentlichen Körperschaften (vor allem in Thüringen) unternommen werden, um darzutun, daß die Bauarbeiterlöhne nur noch auf dem Papier ständen. Den Nachweis darüber trifft man allerdings nicht an, man beschränkt sich auf beweislose Behauptungen. Jedenfalls deuten alle diese Bemühungen auf innere Zusammenhänge und einen gemeinsamen Vorstoß durch Regierungs- und Verwaltungsstellen auf der einen und das Unternehmertum auf der anderen Seite. Diese Zusammenhänge und Bemühungen laufen auf der gemeinsamen Linie des Lohnbruchs und der Arbeitszeitverlängerung. Darüber wird noch manch kräftig Wortlein geredet werden müssen.

Anschließend berichtete Kollege Scheibel über die Lohnverhandlungen bei den Reparationsarbeiten an den Verdonwerken in Frankreich. Man möchte dort die Arbeiter nach französischen Verhältnissen entlohnen und damit die durch die Organisationen vereinbarten bisherigen Tarifbedingungen verschlechtern. Die Verhandlungen sind resultatlos verlaufen; unsere Vertreter haben den Arbeitern zugemuteten Lohnverschlechterungen nicht zugestimmt. Die Verhandlungen sollen örtlich weitergeführt werden, jedoch dürfte auch dabei schwerlich eine Einigung erzielt werden. Jedenfalls werden wir nunmehr zunächst eine

abwartende Stellung einzunehmen haben. — Lönies berichtete dann im einzelnen über den Schulungsplan unseres Bundes für das kommende Schulungsjahr. Dabei ist auch ein Rechtschulungskursus vorgesehen, wenn möglich auch ein Kursus im Abrechnungs- und Kassenwesen; die übrigen Kurse sind Jugend- oder Erwachsenenkurse, darunter zwei Dreiwochenkurse für Jugendleiter. — Thielberg berichtete über statistische Fragen, unter anderem über den Neudruck von Karten zur Führung unserer Berufsstatistik.

In der Aussprache wurde mit Befriedigung begrüßt, daß Kollege Bernhard in den Reichstag gewählt ist, womit die Bauarbeiter wieder einen energischen Vertreter ihrer Interessen im Reichsparlament haben. Beschwerde wurde geführt über Unstimmigkeiten in einigen Orten bei der Zahlung der Beiträge an die Ortsausschüsse des UGB, die zu Ungerechtigkeiten führen und beseitigt werden müssen. Besondere Beiträge aus der Hauptkasse an die Bezirksausschüsse des UGB zur Deckung außerordentlicher Ausgaben in Gegenden, wo die Ortsvereine dazu zu schwach sind, sollten verweigert werden. Mit den Vorschlägen und der Tätigkeit des Bundesvorstandes erklärten sich die Redner einverstanden. Im Schlußwort berichtete Bernhard, als sein Leitmotiv im Reichstag nur proletarische Politik im Interesse der Arbeitererschaft gelten zu lassen. Die hier geschilderten vereinzelt Mißverhältnisse bei der Zahlung von Beiträgen an die Ortsausschüsse des UGB werden Gegenstand der Beratung des nächsten Gewerkschaftskongresses sein müssen. — Beschlossen wurde, den Bundesvorstand seinem Vorschlag gemäß zu ermächtigen, Unterstützungsfälle, bei denen in Mitgliedsbüchern ausländische Marken enthalten sind, nur durch die Zentrale zu erledigen. Die Uebertrittsbedingungen in der Frage des Uebertritts der Puffer in Hannover wurden aufgehoben. Ueber die unterschiedliche Höhe der Beiträge zu den Ortsausschüssen soll eine Erhebung vorgenommen werden.

Hierauf nahm die Konferenz zum bevorstehenden Bundestag Stellung. Einleitend berichtete Bernhard über die Bezirks- und die Fachgruppenfrage. Sie haben durchgängig einen guten Verlauf genommen. Der Geist der Kollegen war auf diesen Tagungen überall ein gesunder und zuverlässiger trotz Krise und dauernd verführer Verheerung durch die Bolschewisten. Auf den Fachgruppentagen ist besonders anerkennend gerühmt worden das große Maß von Selbstständigkeit, das den Spezialgruppen durch den Bund eingeräumt wird. Nachdem der Vortragende noch besonders markante Einzelheiten aus den Verhandlungen auf den Bezirks- und Fachgruppentagen hervorgehoben, ging er über zu dem zum Bundestag gestellten Anträgen. Angesichts der großen Fülle dieser Anträge konnte der Redner natürlich darüber nur im weiten Bogen sprechen, wobei er von dem Grundsatze ausging, daß der Bundestag souverän sei und das letzte entscheidende Wort habe. Im übrigen sind Entschlüsse in Vorbereitung über Bauarbeiterschutz, zur Wirtschaft- und Sozialpolitik und in der Jugendfrage. Zum Schluß berichtete der Redner über die allgemeinen Maßnahmen, die zur glatten Abwicklung der Geschäfte des Bundestages getroffen worden sind.

In der Aussprache wurden die vom Vorstand getroffenen Vorbereitungen zum Bundestag als zweckentsprechend anerkannt. Des weiteren wurden auf den Verbandstagen zutage getretene organisationsbedingte Fragen besprochen. Weniger gesprochen wurde über die Anträge zum Bundestag, da die Entscheidung darüber an anderer Stelle liegt, die Wahlordnung für die Verbandstagen und den Bundestag wurde von einigen Rednern als reformbedürftig empfunden. Im allgemeinen wurde jedoch gewünscht, daß auf dem Bundestag am äußeren und inneren Aufbau des Bundes wenig geändert werden möge. Auch die Bezirksstage haben im allgemeinen die gleiche Ansicht ausgesprochen. Im Schlußwort konnte Kollege Bernhard in der Aussprache zutage getretene Meinungsverschiedenheiten in glücklicher Weise ausgleichen. Damit waren die Verhandlungen abgeschlossen. Der Vorsitzende schloß die Sitzung mit Wünschen guter Arbeit auf dem Bundestag.

### Weitere Vereinheitlichung der Bauarbeiter-schulungsvorschriften.

Mit dem Inkrafttreten der einheitlichen Unfallverhütungsvorschriften für den Hochbau am 1. Januar dieses Jahres haben die Arbeiten zur Vereinheitlichung der Bauarbeiter-schulungsvorschriften im ersten Teil ihren Abschluß gefunden. Als Ergänzung hierzu sind die Unfallverhütungsvorschriften für die Montage von Stahlbauten anzusehen. Diese Vorschriften, die vor wenigen Wochen fertiggestellt worden sind, befassen sich mit der Unfallverhütung bei der Aufstellung größerer Hallen, Dachkonstruktionen, Brücken und Skeletts für Hochhäuser aus Eisen (Wauftahl). Da für die Ueberwachung dieser Bauarbeiten die Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften zuständig sind, werden die vorgenannten Unfallverhütungsvorschriften in Kürze von dort in Kraft gesetzt werden.

Die Krankheitsverhütungsvorschriften des Verbandes der Deutschen Baugewerkschaften sind in mehrfachen Beratungen mit den Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenverbände sowie getrieben, daß sie voraussichtlich am 1. Januar 1931 in Kraft treten werden. Ursprünglich war ihre Verabschiedung gleichzeitig mit den einheitlichen Unfallverhütungsvorschriften beabsichtigt. Ihre Fertigstellung verzögerte sich aber, weil eine Erweiterung sich notwendig machte, so daß dieser Plan nicht zur Durchführung kommen konnte.

Die allgemeinen Bestimmungen darin, beispielsweise die Verpflichtung des Betriebsunternehmers zur Vereinstellung der notwendigen Einrichtungen und Schutzmittel, die Schaffung gesundheitslich einwandfreier Arbeitsplätze, ebenso über die Mitwirkung der Betriebsvertretung bei der Durchführung der Vorschriften, die Meldung von eingetretenen Erkrankungen und über Strafen sind wörtlich aus den neuen einheitlichen Unfallverhütungsvorschriften für den Hochbau übernommen worden. Als spezielle Krankheitsverhütungsvorschriften sind Vorbeugungsmaßnahmen gegen Erkrankungen durch Blei, Arsen und deren Verbindungen, Erkrankungen der Muskeln, Knochen und Gelenke durch Arbeit mit Pressluftwerkzeugen und weiser Staublungerkrankungen bei der Sandsteingewinnung, -bearbeitung und -verarbeitung von besonderer Wichtigkeit. Die vorgenannten gesundheitslichen Schädigungen sind als entschädigungspflichtige Berufskrankheiten anerkannt worden und somit in die Unfallversicherung einbezogen. (Vgl. Liste der Berufskrankheiten Reichsarbeitsblatt Nr. 6/1929.)

Der Entwurf der Unfallverhütungsvorschriften für den Tiefbau ist ebenfalls mit den Vertretern der Gewerkschaften in mehreren Sitzungen durchberaten worden. Die neuen Vorschriften sind somit fertiggestellt, daß sie auch mit Beginn des Jahres 1931 an die Stelle der alten Unfallverhütungsvorschriften, die noch aus dem Jahre 1918 stammen, treten können. Auch bei der Formulierung dieser Vorschriften ist auf weitestgehende Übereinstimmung des Wortlautes mit den Unfallverhütungsvorschriften für den Hochbau Wert gelegt worden. Es soll dadurch vermieden werden, daß für gleiche Verrichtungen im Hoch- und Tiefbau fertlich abweichende Bestimmungen bei den Berufsgenossenschaften des Baugewerbes bestehen.

Etwa gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der neuen Unfallverhütungsvorschriften für den Tiefbau dürfen auch die noch ausstehenden Ergänzungsbestimmungen für Gerüste, Leitern, Balken- und Trägerlagen zu den Unfallverhütungsvorschriften im Hochbau Geltung erlangen. Diese Ergänzungsbestimmungen, die insbesondere Maßangaben über die Stärke der einzelnen Gerüstteile und ihre Entfernung voneinander enthalten werden, waren bei dem Inkrafttreten der einheitlichen Unfallverhütungsvorschriften noch nicht so weit zusammengestellt, daß sie gleichzeitig hätten verabschiedet werden können. Eine nicht unwesentliche Rolle bei der Ausgestaltung der Ergänzungsbestimmungen wird dabei die neue Berliner Gerüstverordnung, die am 1. Oktober in Kraft tritt, spielen. Diese neue Gerüstverordnung befaßt sich sehr eingehend mit dem Bau, der Verwendung und der Belastung von Gerüsten aller Art und dürfte weit über Berlin hinaus für den künftigen Gerüstbau Bedeutung erlangen.

Schließlich werden in nächster Zeit die Länderregierungen auch Polizeiverordnungen über die Anbringung von Dachhaken und Schneefanggittern erlassen. Die Grundlage für diese kommenden Verordnungen bilden die Richtlinien, die das Reichsarbeitsministerium zusammen mit dem Verband der Deutschen Bauwerks-Berufsgenossenschaften und den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden aufgestellt hat. In Preußen sind durch Erlass vom 14. Juli 1930 (abgedruckt Volkswohlfahrt, Nr. 15, 1. August 1930) die Oberpräsidenten bereits angewiesen worden, für ihre Provinzen diese Bestimmungen in Kraft zu setzen. In diesem Erlass ist aber ein Zusatz zu dem § 3 der Richtlinien vorgesehen, wonach von der Anbringung von Schneefanggittern abgesehen werden kann, wenn dadurch eine Verunstaltung zu befürchten ist. Wenn dieser Zusatz bestehen bleibt, ist die Durchführung der Verordnung stark gefährdet. Es sind deshalb bereits Schritte unternommen worden, um hier eine Änderung herbeizuführen.

In dem oben angezogenen Erlass werden auch weitere einheitliche Vorschriften, insbesondere über die Arbeiterfürsorge auf Bauten (Unterkunftsräume und Aborte) für Preußen in Aussicht gestellt. Für den Freistaat Sachsen sind bereits seit dem 1. Mai d. J. Bestimmungen ähnlicher Art in Kraft. Ebenso plant Bayern eine Ergänzung seiner oberpolizeilichen Vorschriften über den Schutz der Arbeiter auf Bauten. Das Reichsarbeitsministerium beabsichtigt seit längerer Zeit an Stelle der einzelnen Länderverordnungen über Arbeiterfürsorge auf Bauten eine Reichsordnung dieser Art zu erlassen. Sofern das Reichsarbeitsministerium mit den Vorarbeiten hierzu nicht bald zu Ende kommt, ist zu befürchten, daß die Länderregierungen eigene Verordnungen erlassen und damit die Einheitlichkeit der Bestimmungen auf diesem Gebiete nicht zustande kommt.

Ueberblickt man das gesamte Gebiet des Bauarbeiter-schutzes, so zeigt sich deutlich das Bestreben sowohl zur Vereinheitlichung der Unfallverhütungsvorschriften als auch der behördlichen Bestimmungen. Allerdings nimmt diese Vereinheitlichung erhebliche Zeit in Anspruch, weil ähnlich wie bei einem größeren Umbau, bei dem die einzelnen Konstruktionsteile nur nacheinander entfernt und durch bessere ersetzt werden können, auch hier nur etappenweise vorgegangen werden kann.

In den bisherigen Vorarbeiten zur Schaffung eines möglichst einheitlichen und verbesserten Bauarbeiter-schutzes waren die Vertreter der Gewerkschaften stark beteiligt und haben dabei manches im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder erreicht. Auch bei den weiteren Beratungen wird Schutz und Erhaltung von Arbeitskraft und Gesundheit der baugewerblichen Arbeiter im Vordergrund stehen.

### In der Lohnpolitik gibt es kein Kompromiß.

Der „Baukurier“, das von uns schon des öfteren erwähnte unternehmerbessene Organ, hat urplötzlich entdeckt, daß unser „Grundstein“ am gleichen Stränge ziehe wie der „Baukurier“. In dieser Auffassung bestärkt ihn unser Leitartikel in der Nr. 38 vom 20. September. Mit Vergnügen stellt der „Baukurier“ fest, daß der „Grundstein“ einmal ausnahmsweise mit ihm einig gehe. Dabei wird gesagt, daß wir dies „nur recht schüchtern andeuten“. Wir haben davon nichts gemerkt; wir glauben vielmehr, uns sehr entschieden ausgedrückt zu haben. Aber eine solche Betrachtung kann eben von verschiedenen Gesichtspunkten aus verschieden beurteilt werden. Der „Baukurier“ rühmt die Einmütigkeit, die nunmehr bei Unternehmern und Arbeitern in der baugewerblichen Presse in der Auffassung über die Dietrichsplan „Finanzreformpläne“ vorhanden ist und wünscht, daß sie nicht nur vorübergehend sein möge. Er erwartet von dieser Einmütigkeit die zukünftige „gemeinsame Marschroute“ der Bauarbeiter und Bauunternehmer, um die dringliche Wohnungsfrage durch gezieltes Vorgehen zu fördern. Der „Baukurier“ verlangt sogar für die nächste Zukunft eine gemeinsame Front der gesamten Bauwirtschaft. Eine solche käme nicht allein den Unternehmern, sondern mit in erster Linie auch den Arbeitern zugute. Es sei sicher, daß die Voraussetzungen für die Tätigkeit der am Wohnungsbau interessierten Bauwirtschaft in Zukunft unter allen Umständen bedeutend anders aussehen würden als bisher, schon deshalb, weil ein fühlbarer Wohnungsbedarf gegenwärtig nur noch bei den Minderbemittelten besteht.

Der letzte Satz ist Unsinn. Aber der „Baukurier“ wird damit schon etwas deutlicher. Er meint mit diesem Satz, wenn man für Minderbemittelte Wohnungen schaffen wolle, dann müßten es Wohnungen sein, die diese Minderbemittelten bezahlen können. Deshalb sei eine unumgängliche Voraussetzung für die Erfüllung eines solchen Programms eine nennenswerte Senkung der Gestehungskosten, die aber — so sagt der „Baukurier“ — nur denkbar sei, wenn die Gewerkschaften in der Lohnfrage mit sich reden ließen. Wollten sie die „nach wie vor politischen Löhne“ als unantastbar betrachten, dann

wäre es mit der Preislenkung im Wohnungsbau Essig. Eine Preislenkung bei den übrigen Baukostenfaktoren sei nicht entscheidend; entscheidend sei nur die Lohnsenkung. Der „Baukurier“ wittert allerdings, daß er sich mit dieser Auffassung schon wieder unsere Anerkennung „verpaßen“ könne. Wir geben ihm vollkommen recht. Und wir wiederholen: Wir lassen an den Löhnen der Bauarbeiter nicht rütteln, die Löhne der Bauarbeiter in Deutschland sind nicht hoch; sie entsprechen ungefähr den in anderen Industriezweigen gezahlten Löhnen. Hinzu kommt, daß die Bauarbeiter bei Ausführung ihrer Arbeit weit mehr persönliche Unannehmlichkeiten und Geldeausgaben haben als irgendwelche anderen Arbeiter irgendwelcher anderer Industriezweige. Außerdem sind sie vom Bezug der staatlichen Arbeitslosenunterstützung fast und aus der Krisenfürsorge gänzlich ausgeschlossen. Ferner haben heutzutage die Bauarbeiter im allgemeinen im ganzen Jahr nur an höchstens 30 Wochen Beschäftigung, so daß es ganz ausgeschlossen ist, daß sie angesichts dieser jämmerlichen Lage nun auch noch auf einen Teil ihrer mühsam erkämpften Löhne verzichten sollen. In dieser Beziehung gibt es kein Kompromiß, gibt es keinen Handel! Der „Baukurier“ nennt natürlich ein Herabgehen mit den Lohnhöhen einen „Ausgleich der gegenseitigen Interessen“, wodurch nicht allein die Bauwirtschaft, sondern die gesamte deutsche Wirtschaft wieder belebt werden könne. Wir danken für einen Ausgleich, bei dem verlangt wird, daß die Vermissten der Armen, die Bauarbeiter, dabei Haare lassen sollen. Wir haben ja in dem nämlichen „Baukurier“ erst kürzlich ge-

### Wer hat Ferien erhalten?

Alle Bundesmitglieder, die im Laufe des Jahres in den Genuß der ihnen tarifvertraglich zustehenden Ferien gekommen sind, müssen ihren Baugewerkschaftsvorstand davon in Kenntnis setzen, indem sie ihm, soweit sie dies noch nicht getan haben, unverzüglich mitteilen:

bei welcher Firma sie Ferien bekommen haben, in welchem Monat und die Anzahl der Ferientage.

Wer keine Ferien genommen oder bekommen hat, obwohl er die Wartzeit erfüllt und ein Ferienrecht erworben hatte, muß dies dem Baugewerkschaftsvorstand ebenfalls und zwar unter Angabe der Gründe mitteilen.

Wer den Lohn für die ihm zustehenden Ferientage ausgezahlt erhalten haben sollte, ohne Ferien genommen zu haben, teilt auch dies dem Baugewerkschaftsvorstand mit. Damit die Baugewerkschaftsvorstände am Schlusse des Jahres über die Feriendurchführung an den Bundesvorstand berichten können, muß schon jetzt vorgearbeitet werden, indem jedes Mitglied, nachdem es ein Anrecht auf Ferien erworben hat, dem Vorstand seiner Baugewerkschaft die vorstehend genannten Angaben zukommen läßt. Wo das bisher unterblieben ist, da müssen die Baugewerkschaftsvorstände wie auch die Bundesmitglieder nach besten Kräften bemüht sein, diese Berichtsunterlagen möglichst vollständig zu beschaffen.

Für die Arbeit um die weitere Verbesserung der tarifvertraglichen Ferienbestimmungen muß zuverlässig festgestellt werden, wie viele oder, wie man in jetziger Zeit leider auch sagen kann, wie wenige unserer Bundesmitglieder ein Ferienrecht erworben und geltend gemacht haben.

Wo die Baugewerkschaftsvorstände die Feriendurchführung durch besondere Fragekarten ermitteln lassen, da ist jedes Bundesmitglied verpflichtet, wenn es eine solche Karte erhält, sie zu beantworten, ganz gleich, ob es ein Anrecht auf Ferien hatte oder nicht.

lesen, in welcher Weise ein Ziegelindustrieller Zeter und Mordio geschrien hat über die Zumutung, mit den Ziegelpreisen herabzugehen. Und ebenso schreien alle Baustoffinteressenten, ebenso schreien auch alle Bauunternehmer. Von einem Ausgleich gegenseitiger Interessen ist bei ihnen nicht im geringsten die Rede. Man will heute die deutsche Wirtschaft allgemein ankurbeln durch eine Herabsetzung der Löhne. Diese wirtschaftlich geradezu blödsinnige Auffassung finden wir in der Bauwirtschaft, finden wir in allen Industriezweigen Deutschlands, nicht zuletzt in der Metallindustrie, wo zurzeit ein großer Generalvorstoß gegen die Metallarbeiterlöhne vor sich geht. Man faßt sich an den Kopf und fragt sich: wie können denn die deutschen Unternehmer so verrannt sein, um das „Heil der Wirtschaft“ darin zu erblicken, daß sie allgemein die Löhne und damit die Kaufkraft der Angestellten und Arbeiter noch mehr herabsetzen, um solcherweise die Wirtschaft „anzukurbeln“. Ein solche verdrehte Auffassung wird sich nie und nimmer mit unserer Auffassung auf eine Linie bringen lassen. Wir sehen eine Ankurbelung der Wirtschaft in einer Erhöhung der Löhne und damit der Kaufkraft, während man dort drüben alles Heil erwartet von einer Herabsetzung der Löhne.

Es scheint eben heutzutage noch keinen einzigen Unternehmer in Deutschland zu geben, der sich zu der weit-ausschauenden Auffassung des amerikanischen Automobilkönigs Ford bekennen möchte. Ford hat dem Unternehmen nicht nur in Amerika, sondern in der ganzen Welt die einzigen Wege gewiesen, um den heutigen Wirtschaftsschlamassel in einigermaßen geordnete Bahnen zu lenken und den privatrechtlichen Zusammenbruch hinauszuzögern. Der Mann predigt in Deutschland tauben Ohren. Die deutschen Unternehmer erstreben das Gegenteil dessen, was die Wirtschaftsmeinung von Ford ist. Und da kann der „Baukurier“ noch tausendmal erzählen, die Bau-tätigkeit sei nur zu fördern, wenn die Löhne der Bauarbeiter herabgesetzt werden — wir werden dieser Auffassung nach wie vor auf das allerentschiedenste entgegen-treten und wenn es sein muß, sie mit den schärfsten gewerkschaftlichen Mitteln bekämpfen. Der „Baukurier“ spricht allerdings vorsichtig davon, die Löhne auf ein „entsprechendes erträgliches Maß“ herabzusetzen. Erträglich für wen? Für die Bauunternehmer oder für die Bauarbeiter? Was man auf jener Seite unter „erträgliches Löhnen“ versteht, das beweisen heute überall die Vorköpfe des Unternehmertums gegen die Löhne der Arbeiter und Angestellten. Wir wiederholen: In dieser Frage gibt es keine Konzessionen! Schon in den Steuerfragen bedrückt man die deutsche Arbeiterschaft heute in ganz unerträglicher Weise. Die Steuerfrage in Deutschland ist im Gegensatz zu England, zu Holland, zu Frankreich oder zu Amerika dermaßen ungerecht, daß sie bei der Arbeiterschaft nur

stärksten Unmut und Widerspruch auslösen kann. Die Vermissten bedrückt man, die Reichen schon man. Und wenn man dann noch außerdem von der Wirtschaftseite her die Arbeiter- und Angestelltenlöhne in der ungeheuerlichsten Weise beschneiden will, so ist das Maß des Unrechts gegenüber der Arbeiter- und Angestelltenschaft über-voll! Man möge sich auf jener Seite nicht wundern über das Anschwellen der nationalsozialistischen und kommunistischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl. Die „Herren der Wirtschaft“ sind die Schrittmacher solcher radikalen politischen Auswüchse. Und sie dürfen sich angesichts ihrer verrückten Wirtschaftspolitik nicht wundern, wenn sie eines Tages von ihrem hohen Piedestal hinweg-gefegt werden und die ganze Unternehmerherrlichkeit zu Bruch geht! Glaubt man sich denn wirklich auf dem glatten Parkettboden des Privatrechtskapitalismus so sicher, daß man sich dem hungernden Proletariat gegenüber jede Gemeinheit erlauben zu können glaubt, während das dumpe Grollen gequälter Arbeitermassen immer vernehmlicher aus der Tiefe heraufstönt?

### Wertwürdige Methoden in der Auftragsvergebung.

Die Reichsregierung hat vor Monaten eine Preislenkungsaktion eingeleitet, die, in richtiger Weise — besonders im Zwischenhandel — durchgeführt, einen beachtlichen Erfolg haben würde. Aber die Preislenkungsaktion ist völlig unzulänglich. Nicht einmal die Preis-karteile werden energisch eingepackt. Deshalb hat der Verbraucher von einer Preislenkung überhaupt nichts gemerkt. Im Zusammenhang mit der Preislenkungsaktion hat dann die Reichsregierung ein Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgearbeitet, das trotz aller Unzulänglichkeiten auch noch mit völlig untauglichen Mitteln durchzuführen versucht wird. — Eine Behörde, die in Deutschland für die Vergabe von Bauaufträgen eine sehr große Rolle spielt, ist die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft und die Reichspost. Bei der Reichsbahn werden unter Hinweis auf die Preislenkungsaktion sehr merkwürdig anmutende Methoden angewandt, gegen die auch wir uns wenden müssen! Die Reichsbahn-Gesellschaft und ihre Unterorgane machen nicht nur für die Vergabe, sondern manchmal auch für die Ausführung von Bauaufträgen überhaupt zur Voraussetzung, daß die Angebote ganz allgemein im Preise 10% unter den bisherigen Angeboten für gleiche Aufträge liegen müssen. Es wird auch derart vorgegangen, daß dem mindestfordernden Unternehmer mitgeteilt wird, er könne die Arbeit nur dann kriegen, wenn er noch 10% von seinem Preisangebot nachläßt. Aber auch noch darüber gehen Organe der Reichsbahn hinaus und machen sogar bei in Ausführung befindlichen Aufträgen Abbauforderungen geltend. Auf den ersten Blick mag es scheinen, daß solche Maßnahmen abzuwehren lediglich Sache der Unternehmer ist. Aber das scheint nur so; denn solche Methoden der Auftragsvergebung durch eine öffentliche Körperschaft führen kurz oder lang dazu, daß nicht immer der Unternehmer den Auftrag bekommt, der auf gesunder Kalkulationsgrundlage das niedrigste und dabei doch noch preiswerte Angebot macht, und dabei auch die sozialen und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen hochhält, sondern es werden schließlich die Unternehmer obenaufliegen kommen, die von vornherein ihre Kalkulation auf Schund und Betrug abstellen und mit den Arbeiterrechten Schindluder treiben. Diese Unternehmer werden stets alles Mögliche auf, um sich um die tariflich vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen herumzudrücken. Und solange es nicht die Deutsche Reichsbahn für nötig hält, ihren bauausführenden Unternehmern die Einhaltung der tarifvertraglichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zur unbedingten und unabweißen Pflicht zu machen, solange müssen auch wir uns ganz energisch gegen die oben skizzierten Methoden der Auftragsvergebung wenden. Dies um so mehr, als bei Fortführung solcher Methoden die Unternehmer im verstärkten Maße die Tariflöhne als die Faktoren denunzieren werden, die angeblich einen Preisabbau verhindern.

Auch die Reichspost wendet in jüngerer Zeit die Methoden der Reichsbahn an. Unser Bund hat bereits vor längerer Zeit in Berlin Schritte dagegen unternommen. Auch an dieser Stelle erheben wir energisch Einspruch gegen solche Auftragsvergebungsverfahren, die nur geeignet sind, daß schließlich die Arbeiter die Leidtragenden des Preisabbaus sind. Wir protestieren nochmals energisch dagegen, daß das Geschrei der Sozialreaktionäre über die „hohen Bauarbeiterlöhne“ und die „hohen Soziallöhne“ nun in Gestalt von Vorschriften in den Vergabebedingungen der Behörden feste Form bekommen soll, um hinterwärts mit behördlicher Unterfützung oder sogar unter deren Führung die sowieso schon sehr schwere soziale Position der Arbeiterschaft zu berennen.

### Wer muß Ledigensteuer zahlen?

Wir haben in Nr. 38 des „Grundstein“ berichtet, wer Ledigensteuer zu zahlen hat. Dabei gaben wir auch ein Beispiel über die Höhe der Ledigensteuer, das aber leicht zu Mißverständnissen führen kann. Wir geben nachstehend eine Aufstellung über den Steuerabzug beim ledigen Steuerpflichtigen, wie er vor und nach Erlass der Ledigensteuer-Notverordnung durchgeführt wird.

Lohnsteuer		Lohnsteuer	
Bruttolohn	vor dem 1. 10. 1930	Bruttolohn	nach dem 1. 10. 1930
M a r k		M a r k	
27,—	—	41,—	1,25
28,—	0,30	42,—	1,35
29,—	0,35	43,—	1,40
30,—	0,45	44,—	1,50
31,—	0,50	45,—	1,55
32,—	0,60	46,—	1,65
33,—	0,65	47,—	1,70
34,—	0,75	48,—	1,80
35,—	0,80	49,—	1,85
36,—	0,90	50,—	1,95
37,—	0,95	51,—	2,—
38,—	1,05	52,—	2,10
39,—	1,10	53,—	2,15
40,—	1,20	54,—	2,25

Ledige Steuerpflichtige, die 55 M und mehr je Woche verdienen, haben künftig von dem nach Abzug des steuerfreien Lohnbetrages in Höhe von 24 M verbleibenden Betrag 10% Steuer zu zahlen und außerdem von der so errechneten Steuer 10% Zuschlag. — Die Notverordnung ist bis zum 31. März 1931 befristet.

# Plus dem Fach für das Fach

## Die 25. Leipziger Baumeffe.

Mancher wird erstaunt sein, zu vernehmen, daß die Baumeffe in diesem Jahre die 25. Veranstaltung dieser Art, also eine Jubiläumsmesse war, denn die Baumeffe ist dem weitaus größten Teil der Fachleute erst seit wenigen Jahren bekannt. Ihre ersten Anfänge — damals haufte die Baumeffe in einem untergeordneten alten Messhause am Markt — waren zu unbedeutend, als daß die Bauinteressenten ihnen besondere Beachtung schenken konnten. Aber aus diesen sehr bescheidenen Anfängen hat sich schon kurz nach dem Kriege eine Veranstaltung entwickelt, die immer größere Bedeutung gewann, und heut verfügt sie über zwei weite, auf das freilichste eingerichtete und beleuchtete Messhallen, außerdem über ein großes Freigelände, das besonders zur Vorführung großer Maschinen und moderner rationaler Baumeethoden bestimmt ist. Die Baumeffe hat sich in den letzten Jahren, wie Regierungsbaurath Stegemann, der Direktor der Leipziger Baumeffe, gelegentlich der Eröffnung der 25. Baumeffe mit Recht hervorhob, geradezu sprunghaft entwickelt; sie ist zum Sammelpunkt der deutschen Bauwirtschaft und der bauenden Kreise geworden.

Während man von der Technischen Herbstmesse im allgemeinen behaupten kann, daß sie stets hinter der Frühjahrsmesse zurücksteht, zumal sich die elektrotechnische Großindustrie und der Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken immer nur an der Frühjahrsmesse beteiligen, kann man dies hinsichtlich der Baumeffe — vom Freigelände abgesehen — nicht behaupten. In den beiden großen Hallen waren wieder alle Stände besetzt, nur die Industrie der Baumaschinen zeigte eine größere Zurückhaltung.

Den weitesten Raum in den Baumeffehallen nahm wieder die Baustoffindustrie ein, und zwar namentlich die Natur- und die Kunststeinindustrie, ferner die Industrien der Isolierstoffe sowie der Wand- und Fußbodenbekleidungen. Der Bund Deutscher Marmorbruchbesitzer wirkt in seiner schlichten, aber sehr wirkungsvollen Ausgestaltung für die Verwendung der vielen schönen deutschen Marmorarten. Aber auch ausländische Firmen waren mit einer großen Zahl hervorragender Marmorzeugnisse erschienen. Der Klinkerbau, verschiedene Hohlbaueisen, neue Deckensysteme, mannigfache Bekleidungsstoffe wurden in wirkungsvoller Weise propagiert. Um dem Holzbau in Zukunft wieder ein größeres Anwendungsgebiet zu sichern, stellte der Bund Deutscher Zimmermeister Modelle von Holzskelettbauten, von Dachkonstruktionen und Treppen aus; er will den Beweis führen, daß die Massivbauweise und der Stahlskelettbau noch lange nicht die Holzkonstruktionen auf allen Gebieten des Hochbaues zu verdrängen vermögen.

Die Verwendung von Hohlmauersteinen, deren Formen bestimmten Aufgaben angepaßt sind, findet mehr und mehr Beachtung. Zu den Einbausteinen und Hohlblöcken größeren Formats, die wir von früheren Messen oder auch aus der Praxis kennen, sind die Hohlsteine neuen Formats hinzugekommen. Der Einbaustein EHZ wird als Füllmaterial für den Stahlskelettbau propagiert. Ein aus Braunkohlestein gebrannter poröser, zum Patent angemeldeter Hohlmauerstein, als Mikostein bezeichnet, zeigt T-förmigen Querschnitt. Mit diesem Stein sind alle Mauerstärken von 27 cm an ausführbar; er gestattet jede Verarbeitung in Verbindung mit dem Normalformat. Wegen der eigenartigen Gestaltung des T-Steines weist das Mauerwerk weder durchgehende Horizontalf- noch durchgehende Vertikalfugen auf. Die Innen- und Außenummantelung des Stahlskeletts wird in einer Stärke von 6,5 cm erreicht, ohne daß irgendwelche Vorsprünge notwendig werden. Das Skelett kann eingemauert werden oder auch lose im Mauerwerk stehen.

Architekt Feisel, Schwäbisch-Gmünd, veranschaulichte die Herstellung seiner schalungslosen Hohlkörperdecke, mit und ohne Ueberbeton, aus Feiselsteinbalken. Die Balken können auf dem Lagerplatz oder auf der Baustelle hergestellt werden; es ist keine besondere maschinelle Einrichtung und auch kein Abbindungsgerüst nötig. Ferner erläuterte Feisel die Herstellung seiner neuen Soudis-Decken. Die Soudis-Platten haben an ihren Enden eine den Flanschen der Träger entsprechende Ausparung, die dazu dient, die Flanschen zu umgreifen und abzuschließen. Wandkonstruktionen aus Feisel-Einbausteinen wurden in einer neuen illustrierten Druckschrift, in Verbindung mit den ausgestellten Gegenständen, eingehend erläutert. — Auch die bereits mehrfach vorgesehene Decke aus Wenko-Hohlbalken wurde aufs neue gezeigt. Diese Decken werden durch Hintereinanderlegen der Wenko-Hohlbalkensteine hergestellt. Sie werden in einer vorgerichteten rillenartigen Form verlegt, und zwar derart, daß die Ausparungen für die Aufnahme des Betons und der Armierungsseile leicht ausgefüllt werden können. Da die Steine in einer rillenartigen Form zu Balken zusammengereiht werden, ist der Arbeitsvorgang sehr einfach; die Steine haben an zwei Seitenflächen Führung. Einzelheiten der Konstruktion sind aus einer Druckschrift der Firma ersichtlich.

Die bekannten Wärmeisoliertstoffe wurden an mannigfachen Konstruktionen, Modellen und Zeichnungen erläutert. Mit größerer Energie als zuvor wird der Kampf gegen die Einwirkungen des Schalls und der Erschütterung geführt. Die Schalldämpfung wird meist dadurch bewirkt, daß unter die Fußböden oder in die Deckenkonstruktion lockere und elastische Materialien in Platten- oder Mattenform eingelegt oder mit den Wandkonstruktionen in zweckmäßige Verbindung gebracht werden. Hierbei ist natürlich auch für die Dichtigkeit der Wände Sorge zu tragen, um der Einwirkung des Luftschalls entgegenzuwirken. Eine Stuttgarter Firma (Hermann Steffner & Co.) propagierte ihr Korkolit als Unterlage für Linoleum. Korkolit verbürgt nach Ausführungen der Firma ein vollkommen geräuschloses Begehen, hohe Fußwärme und größte Schalldämpfung. Die Platten sind 5 mm stark aus Reinkork hergestellt, 50 x 50 cm groß und werden auf Zement oder Steinbohrerstrich unter Verwendung von Kopalharzklebmittel verlegt. Die Torfisolier-

Werke A.G. (Triangel, Provinz Hannover) empfehlen als Isolierplatten gegen Wärme, Kälte und Schallübertragungen ihre patentierten Torfisolierplatten, die sich als wirkungsvolles Mittel gegen Wärme-, Kälte- und Schallübertragung bewährt haben. Die Firma brachte auch eine Iso-Viele zur Schau, die für Wand-, Decken- und Dachverchalungen, für Zwischenwände, zur Ausfachung von Holz- und Eisenskelettbauten usw. verwendet wird. Völlig neu ist eine zum Patent angemeldete Faserstoffisolierratte, die von einer Mannheimer Firma (Faserstoffwerke Landauer G. m. b. H., Mannheim) auf den Markt gebracht wird. Das aus überfeinchen Rohstoffen ohne chemische Beimischung hergestellte Fabrikat soll im Ureprodukt schon seit Jahrhunderten in Indien und Afrika als Isolierstoff verwendet werden. Der 20 mm starke Tela-Faserstoff wird unter dem Steinholz- oder Zementestrich verlegt und soll eine um etwa 50 bis 60 % bessere Schalldämpfung als nicht isolierte Böden ergeben. Das Material ist zur Isolierung von Maffiv- und Holzdecken, Dächern, Decken, Dampf- und Wasserleitungen, Fußböden usw. geeignet. Eine wohlfeile schalldämpfende Isolierung für Zwischenwände unter der Bezeichnung Fermana-Platte propagiert eine Stuttgarter Spezialfabrik für Isolierungen gegen Erschütterung, Schall und Stoß (Hermann Steffner & Co., Stuttgart). Dieselbe Firma empfiehlt als Deckenisolierung ihr Korkisoleum. — Eine Isoliermatte gegen Wärme und Schall, aus gepreßtem Seegras, das zwischen zwei Bahnen Kraftpapier oder Isolierpapier mittels vieler Näfte eingesteppt ist, betitelt sich „Josta“ und wurde von einer Hamburger Firma auf den Markt gebracht (Isoliermaterial A.G., Hamburg). Auch die Verwendung des aus Zuckerrohrfasern in Form großer Platten hergestellten Baumaterials „Celofax“ und der Holzfaserisolierratten „Insulite“ wurde auf das eingehendste an ausgeführten Konstruktionen erläutert; ebenso wurden die mannigfachen Verwendungsmöglichkeiten der Torfisolierleichteplatte Wittorf an Decken und Wandkonstruktionen dargelegt.

Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, wie sehr das Interesse der Bauwelt für schalldämpfende Isolierstoffe gewachsen ist. Früher begnügte man sich mit der Verwendung von wärmeisolierenden Stoffen, die gleichsam den Schutz gegen Schallübertragung zu übernehmen hatten und diese Aufgabe schlecht und recht — größtenteils aber nur schlecht — erfüllten. Die Fortschritte der Wissenschaft auf diesem Spezialgebiet gestatten es nicht mehr, diese Aufgaben gleichsam aus dem Handgelenk zu lösen — der Kampf gegen Schall und Erschütterung muß auf der Grundlage der neuen Erkenntnisse und mit geeigneten Waffen geführt werden.

Wie auf früheren Messen zeigten verschiedene Firmen Basalt und Basaltplatten, Betonplatten und Leichtsteine, Bimsbaustoffe, Dübelsteine, Essenzugsteine und dgl. mehr. Mit Glasprismen und Glasbausteinen waren aufs neue die Aktiengesellschaft für Glasindustrie, vorm. Friedrich Siemens, Dresden, die Deutsche Lufteisenwerke Gesellschaft m. b. H., Berlin-Weißensee, und die Aktiengesellschaft Glasbüttenwerke, Adlerhütten, Penzig bei Görlitz, vertreten. Eine zweckmäßige Verbindung des Mauerwerks mit den Lärzügen und mit den in das Mauerwerk eingelagerten Holzdübeln brachte D. Lach, Klaffenbach b. Chemnitz, in Voranschlag. Es handelt sich um sogenannte Dfableche, die aus 1,5 mm starkem Stahlblech hergestellt sind, mit Zementmilch getrichen oder beim Anmauern mit Zementmörtel leicht berappt werden. Diese Dfableche, die beispielsweise zwischen Mauerwerk und Lärzarge oder zwischen den Stielen des Fachwerks und der anstoßenden Ausfachung sehr leicht angebracht werden können, verhindern das Lockern der Holzter von Mauerwerk.

Die Herd- und Ofenbauindustrie war auf der Herbstmesse nicht in so umfangreicher Weise vertreten wie auf der Frühjahrsmesse. Wir sind der Meinung, daß das Kachelofengewerbe seinen Kampf gegen die Zentralheizungsindustrie oder besser gesagt, um die Erhaltung und Ausbreitung des Kachelofens viel energischer führen muß. Die Industrie ist zwar sehr eifrig bemüht, die Kachelöfen den modernen Forderungen besser anzupassen und ihre Vorzüge durch wirkungsvolle Propagandaschriften in das rechte Licht zu rücken, kommt aber nicht gegen die Zentralheizungs- und gegen die Eisen-Ofen-Industrie auf. Ein vom Arbeitgeberverband für das Deutsche Töpfer- und Ofenfehergewerbe (Sitz Berlin) herausgegebenes Merkblatt hebt die hygienischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte hervor: „Der Kachelofen, früher ein rein handwerkliches Erzeugnis, ist heute ein Produkt technischer Ueberlegungen. Das Ofenfehergewerbe hat die Forschungsergebnisse der Feuerungs- und Heizungslehre auf den Kachelöfen übertragen. Die Einhaltung der besten Kofgrößen, die Ausbildung hoher Feuerräume und die Zuführung von Oberluft in die Flamme sichern eine hohe Ausnützung der Brennstoffwärme; die Gestaltung und Führung der Feuerzüge geben eine günstige Wärmeaufnahme des Ofens; die Verwendung geeigneten Ausbaumaterials bringt eine hochwertige Wärmespeicherung mit sich; die Verwendung niedriger breiter, statt hoher und schmaler Ofen ist die Voraussetzung einer gleichmäßigen Verteilung der Wärme im Raume; die zwangsläufige Führung von Luft in Kanälen mit hoch erwärmten Heizflächen gestattet eine wesentliche Erhöhung der Wärmeabgabe der Ofen.“ All' diese Propaganda verblaßt leider zum großen Teil gegenüber den Mannigfaltigen aus der Industrie eiserner Ofen und der Zentralheizung.

Die Technische Zentrale des Deutschen Ofenfeher-Gewerbes in München verbreitete eine gefällig ausgestattete Propagandaschrift, in der die Kachelöfen-Mehrzimmerheizung in Verbindung mit Ausstellungsobjekten propagiert wird. „Die Forschungen der Feuerungs- und Heizungslehre zeigten den Weg, aus den Brennstoffen große Wärmemengen freizumachen, den Wärmeübergang von den Heizgasen an die Heizwände günstig zu gestalten und die

Wärmeabgabe der Heizflächen und die Verteilung der Wärme im Raum vorteilhaft zu beeinflussen. Das Ofenfeherhandwerk hat mit Hilfe seiner technischen Einrichtungen diese Fortschritte auf den Kachelofenbau übertragen, und so zeigt der Kachelofen von heute eine bewußte Anwendung hohen technischen Könnens.“ Dann wird ausgeführt, daß heute vielfach die Beheizung mehrerer Räume von einer Feuerstelle aus verlangt werde, und daß auch die Kachelofenheizung diesen gesteigerten Anforderungen gerecht werden könne. Die Fortschritte der Heizungslehre, insbesondere auf den Gebieten der Wärmeabgabe der Heizflächen, der zwangsläufigen Führung von Luft in Kanälen und der Weiterleitung von Warmwasser, haben dem Ofenfeherhandwerk die Möglichkeit gegeben, mehrere Räume von einem Ofen aus mit der erforderlichen Wärme zu versorgen.

Die ausgestellten Kachelöfen bestätigten, was in den Druckschriften ausgeführt wird; sie sind modern, in allen Teilen geschmackvoll ausgestattet, nehmen viel weniger Raum als die früheren machtvollen Kachelöfen ein und leisten dafür um so mehr. Jede Messe zeigt neue bemerkenswerte Fortschritte. — Beachtenswert war auch ein elektrischer Gesteinskachelofen, den ein Münchener Hafnermeister ausgestellt hat. Jeder Töpfermeister kann bei Bezug der kompletten Elektro- und Eisenbestandteile diesen Ofen ohne weiteres durch Einsetzen der Kachelwände und Einfüllen der Speichermasse fertig aufbauen. Die Konstruktion dieses Ofens wird in einer besonderen Druckschrift eingehend erläutert.

Auf der künftigen Baumeffe-Siedlung sah man Bauten, die nicht nach neuen rationalen Grundrissen eingerichtet waren. Drei unvollendete Häuser, ein Stahlskelett, ein Betonstahlskelett und ein Holzstahlskelett auf massivem Sockel. Die Baumeffe-Siedlung will zwar nichts weiter sein als eine praktische Bauoff- und Baukonstruktionschau; aber wenn sie diese Aufgabe erfüllen soll, so muß den Besuchern eine bessere Gelegenheit gewährt werden, die Bauausführung zu betrachten. Aber die Siedlung soll ja von Jahr zu Jahr wachsen; so wollen wir die Hoffnung aussprechen, daß sie schon für die nächste Messe wirklich als Schau behandelt werden kann und auch nicht den Bauarbeiterschuß vergißt, womit denn auch den Besuchern gedient wäre.

25 Jahre Keramisches Museum in Welten. Viele deutsche Museen, Schlösser und Burgen zeigen uns kunstkeramische Kachelöfen und Kachelkamine der verschiedensten Stilarten aus früheren Jahrhunderten. Was die keramische Kunst in den Kachelfabriken und keramischen Kunstwerkstätten in der letzten Zeit an neuen Fortschritten erreichte, ist seit 1905 anschaulich dargestellt im Weltener Museum durch Ofen und Sammlungen von Kacheln verschiedenster Herkunft des In- und Auslandes. Angegliedert ist auch eine Museumsbibliothek mit der keramischen Sonderabteilung: Sammel- und Auskunftsstelle für Literatur und Bildwerke des Kachelofens. — Die Museumsbesucher werden anschaulich belehrt und aufgeklärt über den alten und neuen Entwicklungsgang des deutschen Kachelofens und über den jetzigen Stand seiner verbesserten Material- und Heiztechnik, ferner über viele Ausstellungen, an denen sich die deutsche Kachelindustrie und das deutsche Ofenfehergewerbe seit 25 Jahren in den verschiedensten Städten beteiligten, außerdem über die keramischen Fortschritte der Kunstföbereien von in- und ausländischen Industrie- und Handwerksbetrieben. Ausgeschaltet hierbei ist Porzellan, für das schon große Sammlungen und Museen in Deutschland bestehen, in denen aber die Kachel- und Töpferkunst keine besonderen Pflegestätten fand. — In Welten, als dem Hauptort für die norddeutsche Kachel- und Töpferkunst, eine solche Pflegestätte zu schaffen, war ein glücklicher Gedanke. Den Schöpfer dieses Museums, Kantor Gustav Gericke, beherrschte dieser Gedanke schon lange Jahre vorher und er gab ihm in verschiedenen seiner Schriften, die sämtlich sein großes Interesse für die Hebung des Kachelofens bekundeten, breiten Ausdruck. Endlich im Jahre 1915 gelang ihm dies mit Unterstützung des damals in Welten neugewählten Amts- und Gemeindevorsteher's Aurel Jieger. Nach zwei Jahren war es dann soweit, daß das Museum besichtigt werden konnte. Der Ausbau wurde fortgesetzt, so daß heute das Museum als erste Sehenswürdigkeit des Ortes gelten kann. Der Besuch ist sehr zu empfehlen. Herr Gericke, der auch heute nach 25 Jahren immer noch rührige Museumsleiter, ist gern bereit, bei Anmeldung einer größeren Besucherzahl und nach vorheriger Verständigung persönlich die Führung durch das Museum zu übernehmen. Man wende sich an die Geschäftsstelle des Bundes für deutsche Kachelwerkunst, Welten bei Berlin, Rathausstraße 13.

Das Geheimnis der alten Mauern. In Rothenburg ob der Tauber, in dem weniger bekannten idyllischen Jons am Rhein und an vielen anderen Orten hat man Gelegenheit, die unerhörte Festigkeit alten Gemäuers zu studieren. Woran liegt das und wie kommt es, daß viel später erbaute Schlösser, Kirchen, Häuser und Mauern viel schneller vom Zahn der Zeit zermalmt werden? Der Fachmann wird die Ursache natürlich sofort in den Bindemitteln der Steine, im Mörtel, suchen und ist damit auf dem richtigen Wege, aber ein Rätsel wird es auch ihm sein, wie unsere Vordäter dem Mörtel die große Stärke und Festigkeit verliehen. — Dies kam daher, weil es den Mauern des Mittelalters in verschiedenen Staaten bei Todesstrafe verboten war, Kalk für Bauzwecke zu verwenden. Der nicht mindestens sieben Jahre in einer Grube eingestumpft gelagerte Kalk, der zum Mörteleben notwendig war, wurde vor dem Verwenden in einer Grube eingestumpft gelagert. Wollte jemand bauen, so mußte er von Geseßes wegen den dazu nötigen Kalk entweder sieben Jahre vorher löschen lassen oder ihn von einem Mauerer nehmen, der ihn schon sieben Jahre liegen hatte. Im allgemeinen verfügte jeder Mauerer damals über mindestens sieben gefüllte Gruben. Durch das lange Liegen darin wurde der Kalk bedeutend haltbarer als der später in Gebrauch kommende frisch gelöschte und verwendete Kalk.



gute Verträge. Weitere Erfolge könnten aber auch vorbereitet werden durch entschiedene Inanspruchnahme der geltenden Bestimmungen.

In seinem Schlusswort weist der Reichsfachgruppenobmann der Tief- und Straßenbauarbeiter Hermann Otto noch darauf hin, daß die Akkordarbeit wohl manche Schwierigkeit mit sich bringt, aber nicht für alle Gruppen gleichmäßig abgelehnt werden kann. Akkordarbeit ist eine reine Zweckmäßigkeitfrage. — Bundesvorsitzender Nicolaus Bernhard bespricht zunächst Fragen der Taktik zur Wahrnehmung der sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Interessen der Bauarbeiter und nimmt dann zu den Forderungen zu einem neuen, im nächsten Jahre zu erstrebenden Tarifvertrag Stellung. Die selbstgeschaffenen Instanzen müssen schlichter und rechter. Das wirkt erzieherisch für die Vertragsparteien und das von uns geschaffene Tarifvertragsrecht wird dann um so eher zum Gesellschaftsrecht. Ueber die Schädlichkeit der Akkordarbeit muß mehr Aufklärung verbreitet werden. Akkordarbeit gefährdet vielfach die Solidarität und untergräbt die Grundlage gesunder Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Darauf wird über die Anträge zur Lohn- und Vertragspolitik abgestimmt. Ein Antrag Kiel wurde vom Verbandstag einstimmig abgelehnt, weil er es nicht für zweckmäßig hält, den Bund in dieser Form festzulegen. Ebenfalls wurden einstimmig abgelehnt die Anträge Düsseldorf und Kiel, über den Abschluß von Wirtschaftskämpfen und Tarifbewegungen durch Urabstimmung entscheiden zu lassen, weil heute Urabstimmungen keine Instrumente der Willensbildung mehr sind. Außerdem ist es bei der Größe unseres Bundes nicht möglich, schnell und immer den großen Abstimmungsapparat rechtzeitig in Bewegung setzen zu können. — Der ungefähr dasselbe vertretende Antrag Elmshorn wurde ebenfalls einstimmig abgelehnt. Der Antrag Berlin, die bindende Entscheidung des Haupttarifamtes zu beseitigen, wurde gegen eine Stimme abgelehnt. Einstimmig abgelehnt wurde auch der Antrag Berlin, der die Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen und die Beseitigung der bindenden Entscheidung von Schlichtungsstellen fordert und an ihre Stelle die Abstimmung der Beteiligten setzen will. Der Antrag Düsseldorf, der den Vertragsparteien auch nach einem Spruch des Haupttarifamtes Handlungsfreiheit gewähren will, wurde gegen eine Stimme abgelehnt. Der Antrag Berlin zu § 2, Ziffer 4 RTV. wurde als erledigt angesehen, da er offene Türen einrennt. Alle übrigen Anträge wurden teils dem Verbandstag, teils dem Bundesvorstand überwiesen.

Die Beratung des Verbandstages zur Lohn- und Vertragspolitik endete mit der einstimmigen Annahme einer aus der Mitte des Verbandstages gestellten

Entscheidung.

Der gemeinsame Verbandstag der Maurer, Bauhilfs-, Beton- und Tiefbauarbeiter anerkennt die bisherige Tätigkeit des Bundesvorstandes und der übrigen an der Schaffung des Reichstarifvertrages beteiligten Bundesinstanzen. — Er hat das volle Vertrauen zum Bundesvorstand und den zuständigen Bundesinstanzen, daß sie auch bei künftigen Tarifverhandlungen die Interessen der Bauarbeiter wahrnehmen werden mit aller Kraft, die ihnen die Stärke und Geschlossenheit des Bundes gibt.

Der Verbandstag wählte darauf die bisherigen Reichsfachgruppenobmänner, Kollegen Bernhard für die Maurer, Kollegen Scheibel für die Bauhilfsarbeiter und den Kollegen Otto für die Beton-, Tief- und Straßenbauarbeiter einstimmig wieder. Dem Kollegen Otto wurde für die Betonarbeiterangelegenheiten Kollege Karl Götzert als Mitarbeiter in der Fachgruppenleitung beigegeben. — Mit einem Appell an die Abgeordneten, stets für die Rechte der Jugend einzutreten, in der Arbeitszeit stets den Achtstundentag hochzuhalten, sowie überhaupt dafür zu streben, daß der Tarifvertrag nicht ein Fezzen Papier ist, wurde der Verbandstag mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unseren Kampf ums Recht und unseren Baugewerksbund geschlossen.

VIII. Bundesauschuhjüngung des UGB. in Dresden.

Am 19. September tagte der Ausschuh des UGB. in dem Neubau des Dresdener Volkshauses. Zu dieser Tagung waren auch die Redakteure unserer Gewerkschaftspresse und die Bezirkssekretäre des UGB. geladen, um ihnen zugleich Gelegenheit zu geben, die Internationale Hygiene-Ausstellung und das Hygiene-Museum zu besichtigen. Demgemäß war auch ein Vortrag des Vertreters für Gewerbehygiene beim Bundesvorstand, Dr. Meyer-Brodniß, vorgesehen, der über den Stand der Gewerbehygiene und über die Forderungen berichtete, die für den Ausbau der Gesehgebung und die praktische Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen bei der Gewerbehygiene zu erheben sind. Der sachkundig gehaltene Vortrag, der sich vor allem auch mit der Frage der Entschädigungspflicht bei Berufskrankheiten befaßte und die heute noch vorhandenen Ungerechtigkeiten in diesem Zweige der Sozialpolitik beleuchtete, fand lebhaften Beifall. Hygiene ist zwar eine Frage der Belehrung, aber in erster Linie eine soziale Frage. Gute, gesunde Wohnungen, zweckentsprechende, ausreichende Nahrung bilden die Grundlagen der menschlichen Gesundheit. Auch das Gesundheitswesen mündet schließlich in eine Lohnfrage aus.

Nach diesem Vortrag referierte Genosse Streine, Geschäftsführer der Volksfürsorge, über dieses Unternehmen. Es zeige zurzeit einen recht günstigen Stand. Die Volksfürsorge wurde von den Gewerkschaften und den Konsumgenossenschaften im Jahre 1912 gegründet, um Mißstände zu beseitigen, die bis dahin bei der Volksversicherung durch private Versicherungsgesellschaften bestanden haben und zur Rettung der von der Arbeiterchaft dort eingezahlten Gelder für Zwecke der Gemeinwirtschaft und der Arbeiterchaft nahebestehenden Einrichtungen. Heute steht die Volksfürsorge nach der Zahl der bei ihr abgeschlossenen mehr als zwei Millionen Versicherungsverträge an erster und nach der vereinbarten Versicherungssumme von mehr als 900 Millionen Mark an dritter Stelle aller Lebensversicherungsgesellschaften. Ihr Vermögen beträgt zurzeit 117 Millionen Mark, davon sind etwa 67 Millionen in erstgestellten Hypotheken und 29 Millionen Mark bei Gemeinden vorwiegend für den gemeinnützigen Wohnungsbau angelegt. Sie dienen somit dem Interesse der breiten Volksmassen. Die Ueberflüsse fließen den gewinnberechtigten Versicherten als Dividenden zu, deren Höhe im letzten Jahre 30 bis 35 Prozent der ein-

gezählten Jahresprämie betrug und die mit den üblichen Zinsen bei Auszahlung der Versicherungssumme im Todesfall oder beim Erleben des natürlichen Ablaufs des Versicherungsvertrages mit ausbezahlt werden. Die in diesem Jahr allein den Versicherten gutgeschriebene Summe beträgt bereits 20 Millionen Mark, die gleich der etwa 90 Millionen Mark betragenden Prämienreserve nebst den gesetzlich vorgeschriebenen Reserven den Versicherten weitestgehende Sicherheit bietet. Der Redner wünschte, daß in Wort und Schrift — vor allem durch die Gewerkschaftspresse — für die Ausbreitung der Volksfürsorge mehr als bisher eingetreten werde. Die Volksfürsorge diene dem Volksganzen. Es sei Pflicht, die versicherungsbedürftigen Arbeitermassen immer wieder auf diese Einrichtung der Arbeiterchaft aufmerksam zu machen, um sie von privaten Versicherungsgesellschaften loszulösen. Dies könne der Arbeiterbewegung und den Arbeiterinteressen im allgemeinen nur zum besten dienen.

Hierauf sprach Ernst Schulte vom Bundesvorstand über den Plan zur Gründung einer Holding-Gesellschaft der Gewerkschaftshäuser. Der Bundesauschuh habe in dieser Frage den Bundesvorstand beauftragt, zunächst erst einmal die Zusammenfassung der Gewerkschaftshäuser vorzubereiten. Uehnliche Wünsche sind auch schon seit Jahren von den Vertretern der Volkshäuser geäußert worden. Die Mehrzahl der Volkshäuser ist seit Jahren in einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt. Diese Arbeitsgemeinschaft wüßte, daß der Bundesvorstand ihre Zusammenfassungbestrebungen unterstütze. Es sei möglich, die Zusammenfassung in Form eines eingetragenen Vereins oder in Form einer Holding-Gesellschaft zu verwirklichen. Entscheidend für die Wahl der Form könne nur die Zweckbestimmung sein. Man will durch den Zusammenfluß und durch Machtspruch des Bundesvorstandes alle Gewerkschaftshäuser zum Anschluß an die Arbeitsgemeinschaften zwingen, ferner werde erstrebt, eine Revisionskontrolle der Häuser durchzusetzen. Den Vertretern des Bundesvorstandes schien diese Zweckbestimmung nicht ausreichend, aber selbst wenn man sich auf sie beschränkt hätte, so würde doch eine Arbeitsgemeinschaft oder auch ein eingetragener Verein kein geeignetes Instrument darstellen, um sich im Bedarfsfälle die erforderliche Anerkennung zu verschaffen. Mit der Schaffung der Arbeitsgemeinschaft, die die Gewerkschaftshäuser nur als Instanz zu gegenseitiger Beratung verwenden können, sei es nicht getan. Es sei unbedingt erforderlich, das in den Gewerkschaftshäusern angelegte Vermögen für die Gewerkschaften unangreifbar sicherzustellen, eine ständige sachgemäße Kontrolle über die Gewerkschaftshäuser durch Revisionszwang auszuüben, darauf bedacht zu sein, alle erreichbaren steuerrechtlichen Vorteile sicherzustellen und eine juristische Körperschaft zu schaffen, die für alle Häuser, auch für neu zu gründende Unternehmungen, die allein berufene Rechtsstelle sein kann. Alles müsse auf eine einheitliche Linie gebracht werden. Heute besteht noch in den Gesellschaftsverträgen solcher Unternehmungen ein wirres Durcheinander. An einer Reihe von Beispielen bewies der Redner, wie anscheinbar oft der Inhalt der Treuhandverträge sei und wie groß die Gefahr, daß die Gewerkschaften ihres Bestandes verlustig gehen könnten. Ein fester Zusammenfluß der Häuser habe nur dann einen wirklichen Wert, wenn die Gewerkschaftshäuser in eine besondere Dachgesellschaft aufgehen und der vorhandene Vermögensbestand der neuen Gesellschaft effektiv übereignet wird. Dieser Plan ist vor einem Jahre einer Konferenz von Geschäftsführern der Gewerkschaftshäuser und Vertretern der beteiligten Ortsauschuh vorgelegt worden und hat mit großer Mehrheit Zustimmung gefunden. Heute sind die Vorträge geklärt und die Vorarbeiten zur Zufriedenheit abgeschlossen. Der Bundesvorstand hat in Verbindung mit der Treuhandgesellschaft bei der Arbeiterbank den Entwurf eines Gesellschaftsvertrages ausgearbeitet. Er schlägt die Gründung einer Holding-Gesellschaft vor mit einem Gründungskapital von 50 000 M., das der Bundesvorstand übernimmt. Die Angliederung der Einzelunternehmen ist in der Weise gedacht, daß zunächst bei jedem anzugliedernden Unternehmen der Vermögensstand festgestellt und als Uebernahmewert nur der aktive Wert genommen wird, der nach Abzug der Belastung verbleibt. Als Gegenwert für die Uebertragung gibt dann die Holding-Gesellschaft für das festgestellte Aktivvermögen Aktien an die Ortsauschuh oder die beteiligten Gewerkschaften ab. Das Gesellschaftskapital kann natürlich entsprechend dem neu eingebrachten Besitz jederzeit erhöht werden. Nicht übernommen werden können aus steuerrechtlichen und geschäftlichen Gründen die in den Häusern vorhandenen Restaurations- und Hotelgeschäfte. Diese müssen verpachtet werden, wobei man daran denkt, örtliche Betriebsgesellschaften zu gründen, die die vorhandenen Unternehmungen in eigene Regie übernehmen. Die Aufgabe der Holding-Gesellschaft wird sich demnach auf die sachgemäße Kontrolle und Verwaltung des Bestandes beschränken. Die Ueberführung der Gewerkschaftshäuser in die Holding-Gesellschaft wird natürlich längerer Zeit bedürfen. Deshalb wird die Holding-Gesellschaft auch die Geschäfte der jetzigen Arbeitsgemeinschaften übernehmen müssen und an die Stelle des jetzigen Vorstandes der Arbeitsgemeinschaften hätte eine Kommission des Aufsichtsrates der Holding-Gesellschaft zu treten. Der Bundesvorstand rechne bei diesen Bemühungen auf die tatkräftige Unterstützung der Verbandsvorstände. Mit der Gründung der Holding-Gesellschaft wäre dann nicht nur ein Verwaltungsinstrument geschaffen, das zuständig ist für die Kontrolle und Sicherung des Vermögens der Gewerkschaften, sondern auch die Institution, ohne deren Mitwirkung an keinem Platze mehr neue Gewerkschaftshausgründungen vorgenommen werden dürfen. — Der Bundesauschuh stimmte dem Vorschlag, eine Holding-Gesellschaft mit einem Gründungskapital von 50 000 M. aus den Mitteln des Bundesvorstandes zu errichten, einstimmig zu.

Dann gab Graßmann, da Leipzig erkrankt war, den Geschäftsbericht des Bundesvorstandes. Er berichtete über die schwierige Lage der Heim-Volkshochschule Tinz, nachdem der hakenkreuzlerische Innenminister Frick in Thüringen den Staatszuschuh für die Schule gestrichen hat. Die Streichung sei unrechtmäßig, da die Pflichten des Staates gegenüber der Schule auf Staatsvertrag beruhen. Deshalb ist Klage beim Staatsgerichtshof angestrengt worden; die Mittel zur Durchführung der Kurse mußten inzwischen bereitgestellt werden. In der kürzlich ins Leben gerufenen „Kreditanstalt für öffentliche Arbeiten“ sind in den Ausschuhrat Leipzig und Splietz entsandt worden. Die Zahl unserer Vertreter im Kuratorium des Instituts für Konjunkturforschung ist vermehrt worden. An die Stelle des Kollegen Streine, der bisher im technischen Ausschuh

der Deutschen Gesellschaft für Gewerbe-Hygiene tätig war, ist Kollege Sachs getreten. Der Redner erinnerte auch an die Ablehnung des Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat im Reichstag; er besprach die Lage, die dadurch für den vorläufigen Reichswirtschaftsrat entstanden ist und erörterte die Möglichkeit, die Frage der Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrats bald wieder in Gang zu bringen. Auf Grund eingehender Untersuchungen über die Tätigkeit der Bauparkassen hat der Bundesvorstand sich veranlaßt gesehen, die Gewerkschaftsmitglieder vor der Beteiligung an solchen Bauparkassen dringend zu warnen. Zur Unterstützung der Hinterbliebenen der Opfer des Grubenunglücks bei Neurode hat der Bundesvorstand einen Betrag an den Bergarbeiterverband überwiesen, desgleichen der Vereinigung der Kinderfreunde. Das Büro des UGB. wird jedenfalls im April 1931 nach Berlin verlegt werden. Die Vorbereitungen hierzu sind eingeleitet. Die nächste Vorstandssitzung des UGB. wird sich mit der Wahl des Generalsekretärs der Internationale zu beschäftigen haben. Graßmann erwähnte auch die internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder im August in der Bundeschule zu Bernau. Das Beisammensein währte eine Woche und hat einen guten Verlauf genommen. Zum Schluß besprach der Redner noch die durch die Reichstagswahl entstandene Lage. Er begrüßte lebhaft, daß bei dieser Wahl die Gewerkschaften ohne Ausnahme und ganz entschieden für die Sozialdemokratie eingetreten sind. Alle Parteien sahen nur einen Feind, und zwar die Sozialdemokratie. Da war es Pflicht der Gewerkschaften, sich in dieser Weise auf die Seite der Sozialdemokratischen Partei zu schlagen, da nur diese Partei als wirkliche Vertreterin der Arbeiterbelange betrachtet werden kann. — Die lebhafteste Ausdrucksweise im allgemeinen die Luftfassung Graßmanns, man war auch sonst einverstanden mit der Tätigkeit des Vorstandes.

Der nächste Tag war der Besichtigung der Hygiene-Ausstellung gewidmet. Wir haben darüber bereits mehrfach berichtet, so daß an dieser Stelle darauf nicht mehr eingegangen zu werden braucht.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt ist die Firma Paul Kasper in Gohse, Baugewerkschaft Weiskens, wegen untertariflicher Bezahlung; ferner das Abbruchgeschäft von August Erich, Baufirma Dynamitfabrik bei Gesehbach, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Arbeitsstellen der Firma Richard Schöche aus Sizenroda in Börtewitz und Börtin wegen Tarifbruch.

Friesenleger: Gesperrt ist in München die Firma Norbert Berger.

Ofenseher: Zuzug ist fernzuhalten nach Oppeln, Firma Kandyora wegen Nichtanerkennung der Lohnkommission.

Töpfer: Gesperrt sind in Burg b. Magdeburg Uhlemann, in Halle a. d. S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Landsberg a. d. W. die Firma Alex Kaczkowski wegen Zahlung untertariflicher Löhne, in Magdeburg die Firma Zollweger & Sohn wegen Nichtzahlens des Lohnes, in München die Firma Norbert Berger wegen rückständiger Löhne, in Straßburg i. U. die Ofenseherfirma Kleinschmidt wegen Nichtzahlens der Tariflöhne, in Zeitz die Ofenseherfirma Gustav Neumann, Gustav Hörnick und Emil Böhme. Gewarnt wird vor der Firma Brodmann in Schwerin.

Aus den Baugewerkschaften

Demmin. (Jubilärfest.) Kürzlich hatte unsere Baugewerkschaft ihre Mitglieder eingeladen, um 12 Kollegen zu ehren anlässlich ihrer 25jährigen Mitgliedschaft im Bunde. Saal und Bühne hatten Festschmuck angelegt. Der Vorsitzende, Kollege Manzelmann, hielt eine zu Herzen gehende Festrede. Er erinnerte an die Zeit der Gründung der Gewerkschaft vor 26 Jahren, wo es noch großer Opfer bedurfte, um den Gewerkschaftskampf zu führen. Not und Arbeitslosigkeit waren damals die Begleiterscheinungen solcher Kämpfe. Die 25jährige Treue, die die Jubilare dem Bunde gehalten, soll die jungen Kollegen veranlassen, ihnen nachzueifern. Nur im Zusammenfluß liegt die Stärke der Arbeiterorganisationen, die ein Bollwerk bilden gegen jede Reaktion. Ein Hoch auf die Jubilare, die Ueberreichung der silbernen Bundesnadel nebst Ehrenurkunde und Lokalgeschenke schlossen diesen ersten Teil. Nach dem Dank der Jubilare durch den Kollegen Müller sangen die Anwesenden gemeinsam einige Lieder. Eine gemüthliche Kaffeetafel vereinte alt und jung. Anschließend trat der Tanz in seine Rechte.

Döbeln. Auch in diesem Jahre konnten wir sieben unserer alten Kämpen zu ihrem 25jährigen Jubiläum beglückwünschen. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden nahm unser Geschäftsführer Kollege Richter eine der Zeit entsprechende Ehrung unserer Jubilare vor. Besonders gedachte er der schweren Zeiten und harten Kämpfe, die sie durchmachen mußten um den Aufstieg unserer Organisation. Nach Ueberreichung der Ehrenurkunden und der silberumkränzten Ehrennadeln schloß der Redner mit einem Mahnruf an die Jungen, es den Alten gleichzutun. Ergreifend, doch mehr anspornend wirkte diese Feier auf die jungen Kollegen. Kollege Richter gab darauf einen ausführlichen Bericht über den Bezirksstag. Die dann folgenden Ausführungen des Kollegen Richter über die Notwendigkeit der Regierung Bränning waren äußerst interessant. Ueber die Arbeitslosen- und Krankenversicherung gab es eine unerschöpfliche Aussprache. Manche Kritik wurde noch geübt an der schamlosen untertariflichen Arbeit mancher Landkollegen. Eine Abstellung dieser Mißstände ist zwingende Pflicht.

Kassel. (Jubilärfest und Wirtschaftslage.) Auch in diesem Jahre hat unsere Baugewerkschaft eine Jubilärfest veranstaltet. Wir haben in diesem Jahre 47 Jubilare. Insgesamt haben wir mit diesen 47 Jubilaren nunmehr an 547 Kollegen die Ehrenurkunde für 25jährige treue Mitgliedschaft verabsolgt. Die diesjährige Jubilärfest bestand in einer Abendunterhaltung und einer Festrede des Kollegen Aug. Stampe aus Frankfurt a. M., der eine auf den Zweck der Feier hinweisende längere Ansprache hielt, die Jubilare ehrte und den jüngeren Kollegen

empfehl, genau so frei und fest zur Fahne der Organisation zu halten. An die Rede schloß sich die Verteilung der Ehrenurkunden und Ehrennadeln. Gemüthlicher Tanz hielt dann die Kollegen bis 4 Uhr morgens zusammen. — Die Wirtschaftslage in Kassel ist noch nie so schlecht gewesen als heute. Die Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern war in diesem Jahre so furchtbar, daß wir bei der statistischen Aufnahme im Juli im ganzen Bezirk der Baugewerkschaft nur 1205 beschäftigte Kollegen zählten. Wenn wir dabei berücksichtigen, daß unter diesen 1205 beschäftigten Bauarbeitern ein großer Teil Arbeiter aus anderen Berufen war, die Notstandsarbeiten ausführten, so können wir sagen, daß 60 Prozent unserer gesamten Mitgliedschaft arbeitslos waren. Zu Beginn des Jahres hatten wir auf eine Besserung gehofft, diese Hoffnung war vergebens. Nunmehr soll die Stadt noch einen Teil von dem zusätzlichen Bauprogramm erhalten, so daß vielleicht in diesem Herbst noch ein kurzer Moment eine Besserung der Baukonjunktur bringen wird. Von langer Dauer wird das allerdings nicht sein, auch die Anzahl der daran beschäftigten Kollegen wird nicht allzu groß sein. So wird der Winter für viele Kollegen eine harte Zeit sein, da es einem sehr großen Teil von ihnen nicht möglich war, ihre Wartezeit von 26 Wochen zu erfüllen, so daß sie dann ohne jedwede Unterfützung dastehen werden.

Weimar. Auch in diesem Jahre können wir eine Jubilarehrung in unserer Baugewerkschaft begehen. Dies soll am 4. Oktober im Volkshaus zu Weimar geschehen. Wegen der wirtschaftlichen Notlage wird jedoch von einem größeren Stiftungsfest abgesehen, es soll eine schlichte, ernste Feier werden zu Ehren unserer Jubilare. Erwähnt sei unter ihnen der Kollege W i h n a n n, der fast 25 Jahre lang Vorsitzender der Zahlstelle Kranichfeld war. Erst im vorigen Jahre trat er zurück; auch der Kollege Eismann ist langjähriger Vorstandsmitglied gewesen. Wir gratulieren unseren Älten, wir Jungen werden ihnen nachzusehen!

### Aus den Fachgruppen

#### Glaser.

Dessau. Am 19. September hielten wir eine Versammlung ab, in der Kollege D ö r i n g, Halle, einen eingehenden Bericht von unserm Verbandstag gab. — In der Aussprache wurden die Bemühungen der Reichsfachgruppenleitung um einen Reichsarbeitsvertrag anerkannt. Die Arbeitslosigkeit unter den Glasergehilfen, die auch hier sehr stark ist, kann nur durch Herabsetzung der Arbeitszeit gemildert werden. Das von der Brüning-Regierung verkündete Arbeitsbeschaffungsprogramm ist nur ein Scheinmanöver und wird den Baumarbeiter nicht befriedigen. Der Ausschluß der Blank-Glaser aus der Krisenfürsorge ist eine Maßnahme, die nicht gerechtfertigt ist. — Allgemein wurde von den Kollegen anerkannt, daß es durch den großen Baugewerksbund möglich war, die Löhne angemessen zu steigern. — Beschlossen wurde, den hiesigen Genossenschaften zu empfehlen, nur solche Unternehmer zu berücksichtigen, die organisierte Glaser beschäftigen und ihren tariflichen Verpflichtungen nachkommen.

Halle a. d. S. Unsere Mitgliederversammlung am 20. September folgte mit Interesse dem ausführlichen Bericht des Kollegen D ö r i n g vom Verbandstage in Darmstadt. Unsere Kollegen sind zu 90% arbeitslos. Das Angebot eines Unternehmers an seine bei ihm beschäftigt gewesenen Gesellen, unter dem Tariflohn weiter zu arbeiten, war trotzdem erfolglos. Um so trauriger ist das Verhalten einiger Kollegen, die den Tariflohn um 15 % je Stunde herabdrücken, indem sie für den Lohn im Holzgewerbe arbeiten. Diese Lohndrücker entzogen sich dem Ausschluß aus unserer Organisation, indem sie sich zum Holzarbeiterverband umschreiben ließen. Das Verhalten des Holzarbeiterverbandes widerspricht den Vereinbarungen mit dem Baugewerksbund, die nicht nur für Halle, sondern auch für den Geltungsbereich unseres Bezirksarbeitsvertrages sind. — Zu unseren Versammlungen wird nicht mehr schriftlich eingeladen. Unsere Versammlungen werden jeden Sonnabend nach dem 15. eines jeden Monats im Gewerkschaftshaus abgehalten. Am 18. Oktober gibt Kollege D ö r i n g den Bericht vom Verbandstag.

#### Tief- und Straßenbauarbeiter.

Bezirk Ostpreußen. (Drainageakkordvertrag.) Am 17. September hatten wir die zehnte Sitzung seit dem 31. März, in der versucht wurde, die tariflichen Akkordsätze im ostpreussischen Drainagegewerbe, die am 31. März d. J. abgelassen waren, neu zu regeln. Die Hauptstreitfrage liegt in der Bestimmung der Ziffer 4 der Vereinbarung über Akkordarbeit, die eine Tarifhilfe durch die Tarifinstanzen ausschließt. Diese Lücke sollte durch Bildung einer freiwillig vereinbarten Schiedsstelle ausgefüllt werden. In der Tat kam eine solche Schiedsstelle auch zustande, nur hatten wir mit dem Vorsitzenden, einem Amtsgerichtsrat Dr. Riemann, Pech, der es nicht im geringsten verstand, im Streit der Parteien zu vermitteln und zu entscheiden. Schließlich führte seine Vorsitzendensfähigkeit dazu, daß beide Seiten ihm das Vertrauen entzogen. Eine neue Schiedsstelle unter dem Vorsitz des Gewerberats Soergel wurde durch Obstruktion der Unternehmerbeisitzer arbeitsunfähig gemacht. Nunmehr befaßte sich der staatliche Schlichtungsausschuß schon zum vierften Male mit der Angelegenheit und auch er konnte noch nichts ausrichten, weil sein Vorsitzender, Herr Gewerberat Soergel, wegen „Besorgnis der Befangenheit“ von Unternehmerseite abgelehnt wurde. — Der staatliche Schlichtungsausschuß wird sich unter einem neuen Vorsitzenden erneut mit der Sache zu befassen haben. Hoffentlich kommen wir dann etwas vorwärts. — Diese Tarifbewegung hat wieder einmal gezeigt, welcher Handlungen die Unternehmer gegen die Arbeiter fähig sind. Unter skrupelloser Ausnutzung unserer Bereitschaft im Partei- oder im Schlichtungsweg die Sache zum Abschluß zu bringen, hat es die Sabotage der Unternehmer erreicht, daß die Dränierer während einer ganzen Saison ohne tarifliche Regelung bleiben. — Wie sehr den Unternehmern diese Tarifangelegenheit angeht, beweist der Umstand, daß zu der Sitzung vor dem staatlichen Schlichtungsausschuß der Tiefbauunternehmerverband sich Herrn Dr. Blume aus Berlin verschrieben hatte. Für den „Pollerverband“ wirkte ein ehemaliger Syndikus, Herr Dr. Gorski, mit. Drei Syndizi mit Doktorfakeln waren aufgeboten, uns entgegenzutreten. Ihre Tätigkeit blieb erfolglos, weil Herr Soergel den Vorsitz im staatlichen

Schlichtungsausschuß niederlegte, um nicht den Gang des Schlichtungsverfahrens aufzuhalten. Die Dränierer werden aus den Machinationen der Unternehmer erkennen können, welches Los ihnen droht. Antwort der Dränierer darauf muß sein: Unveröhnlicher Kampf durch die Organisation, bis diese Sorge Unternehmer zugeben wird, daß auch der Dränierer ein Mensch ist!

#### Töpfer und Fliesenleger.

Altes Ofenbaugeschäft in guter Lage tobessalhalber sofort unter günstigen Bedingungen zu verpachten oder zu verkaufen. Frau Emma v. Schlegel, Ofenbaugeschäft, Ronneburg, Ernststr. 15 (Thüringen).

## Allgemeine Rundschau

Hermann Kube 65 Jahre alt. Der Kassierer des DGB, Hermann Kube, wurde am 18. September 65 Jahre alt. 27 Jahre hindurch bekleidet er den Posten des Kassierers der Spitzenorganisation der deutschen Gewerkschaften. In der Deffentlichkeit ist Hermann Kube sehr wenig hervorgetreten; dafür hat er aber im stillen desto emsiger gewirkt. Wenn der DGB in seiner ganzen Bedeutung überall so sichtbar hervortritt, so liegt dies auch daran, daß Jahrzehnte hindurch die Finanzen dieser bedeutungsvollen Körperschaft in Ordnung gehalten wurden. Es hat Zeiten gegeben, wo das Amt eines Kassierers schwieriger war als heute. Wir wünschen, daß Hermann Kube weiter munter und frisch auf seinem Posten verbleiben möge. Der gute Rat eines solchen erfahrenen Mannes wird gerade in der heutigen Zeit schlecht entbehrt werden können.

Die Krankenkassensparnisse durch die Notverordnung. In Nr. 37 der Zeitschrift „Deutsche Krankenkasse“ befindet sich ein interessanter Aufsatz des Geschäftsführers des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen, Friz D k r a f f, über die Ersparnisse, die sich bei den Krankenkassen durch die Notverordnung voraussichtlich einstellen werden. Unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse und mit genauem Material belegt, geht der Verfasser Punkt für Punkt die einzelnen Posten durch. Dabei kommt er zu einer ganz anderen Schlußrechnung als die Regierung. Der Reichsarbeitsminister hatte eine Einsparung von rund 200 Millionen Mark durch den Einnahmezunachs der Krankenschuldgebühr und des Arzneikostenbeitrages und die verschiedenen Ausgabenentkennungen angenommen. Der genannte Verfasser kommt in seiner Berechnung zu einer Entlastung der Krankenkassen durch Einnahmezunachs und Ausgabenentkennung von 130,5 Millionen Mark. Von dieser Summe gehen die Beträge ab, die durch Einnahmehinfall und Ausgabensteigerung in Höhe von 26,3 Millionen in Rechnung zu stellen sind. Es bleibt somit eine Entlastung der Krankenkassen von rund 104 Millionen Mark, also die Hälfte der Summe, die die Reichsregierung angenommen hat. Durch die Verminderung der Rücklage auf nur 1 % des Jahresbeitrages der Einnahme würde sich allerdings eine weitere Ersparnis von 33 Millionen Mark ergeben. Da dies Geld aber von den Krankenkassen nicht in einen Strumpf gesteckt wurde, sondern der Wirtschaft zur Verfügung stand, so kann man hier nicht von einer eigentlichen Ersparnis reden. Viel wesentlicher ist es, daß der Krankenstand aus ganz natürlichen Gründen gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist. Durch die Verminderung des Krankenstandes ergibt sich allein bei dem Krankengeld eine Ersparnis von 85,7 Millionen Mark. Diese Tatsache war aber vorhanden, ehe die Notverordnung in Kraft trat und steht mit ihr in keinem Zusammenhang. Alles in allem kann festgestellt werden, daß die

### Wer ernten will, muß säen!

Für die Woche vom 28. September bis 4. Oktober ist der 40. Bundesbeitrag für 1930 zu zahlen.

Regierung sich bei ihrem Drange, in das System der Sozialversicherung durch das Mittel der Notverordnung einzugreifen, ganz gewaltig verrechnet hat.

Englisch-, Französisch- und Esperanto-Anfängerkurse beginnen in Kürze für Gleichgesinnte, die sich für das Wirken der Vereinigung „Die Freunde der Internationalen Kleinarbeit“ interessieren. Die Nachmittagszirkel laufen von 18 bis 20, die Abendklassen von 20 bis 22 Uhr im Zentrum der Stadt. Der Unterrichtsbeitrag ist äußerst niedrig gehalten. Anmeldungen werden umgehend erbeten an die Geschäftsstelle Berlin SW. 19, Kurstraße 32, am Spittelmarkt (Genosse W. Floerke). Telefon: Merkur Nr. 2196.

## Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Vom 18. bis 24. September haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse gesandt: Amberg 120, Alen 218, Altenstein 1800, Aschaffenburg 1160, Arnstadt 1000, Brühl 250, Bayreuth 3000, Bremen 20 000, Bunzlau 3000, Burg b. M. 800, Bernburg 600, Barth 300, Buckow 250, Bülow 200, Berlin 20 000, Corbach 300, Crivitz 200, Koburg 500, Detmold 800, Dessau 500, Döberan 200, Darmstadt 1500, Dargun 200, Duisburg 1000, Erding 150, Emden 3000, Eschwege 500, Frankenstein 200, Fürstenthal 1000, Flensburg 1100, Frankfurt a. d. O. 2500, Freiburg i. Br. 1500, Fallersleben 140, Guben 500, Grämburg 1000, Glogau 1400, Göttingen 400, Gäßkow 150, Grevesmühlen 300, Heilbronn 800, Horneburg 100, Hannover 14 000, Jahnitz 130, Köthen 500, Kitzingen 800, Köslin 800, Kempten 200, Lützenburg 500, Limburg 800, Laage 61, Magdeburg 10, Mainz 600, Marburg 800, Marienwerder 670, Mauthausen 1000, Merseburg 3000, Mölln 150, Naugard 355,25, Neubrandenburg 400, Nossen 150, Nordhausen 500, Nowawes 1100, Neuruppin 700, Neustadt 600, Neumarkt 250, Neustrelitz 200, Oppeln 27,90, Oldesloe 400, Orb 407,30, Oßersleben 1000, Osterode 150, Osterburg 150, Prenzlau 700, Pirna 2000, Plau 150, Plauen i. V. 2000, Pöhlitz 85, Quicksborn 200, Regensburg 1120, Rößel 250, Rützingen 1000, Radeburg 200, Schneidemühl 1050, Stargard i. M. 200, Schwelbitz 150, Stuttgart 14,85, Straßburg 350, Sulingen 121,90, Saalfeld 500, Striegau 400, Sternberg a. O. 100, Senftenberg 3000, Stade 16, Tilsit 1000, Tetschow 600, Tuffingen 1000, Tribsee 200, Thale 500, Verden 600,

Weißfels 450, Wittenberg 276, Waren 350, Werneuchen 250, Wolbegk 120, Zwickau 1000, Züllichau 500, Zwiesel 200. Kalender: Meiningen 3, Wemding 15. Buchhüllen: Köslin 7,50, Marburg 7,50, Neustadt 30. Verschiedene Schriften: Thale 3. Bundesnadeln: Köslin 16,75, Neustadt 6,25, Reichenbach i. Culenb. 12,50, Staßfurt 31,50, Sulingen 2,50, Wemding 3, Zwiesel 5. B a u a b e n d: Berlin 4, Darmstadt 4, Fulda 2, Köslin 4, Oßersleben 1,20, Pirna 2. Bleistifte: Chemnitz 19,80, Eschwege 1,30. Der Bundesvorstand.

### Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

Bunzlau. (Austau.) Wilh. Strehlig, Maurer, 66 Jahre. Coitbus. Ernst Sölter, Maurer, 75 Jahre alt. Detmold. Wilh. Kruse, Hilfsarbeiter, 56 Jahre alt. Dorfmund. Adolf Krämer, Maurer, 60 Jahre alt. Dresden. Max Horn, Maurer, 53 Jahre alt. (Leppersdorf.) Max König, Maurer, 51 Jahre alt. Frankfurt/M. (Nied.) Peter Thul, Hilfsarb., 29 Jahre. Freiberg/Sa. Karl Franz Wiede, Maurer, 57 Jahre. Greiz. (Triebes.) Albin Wolf, Maurer, 62 Jahre alt. Großenhain. (Goltzcha.) Robert Galle, M., 54 Jahre. Karlruhe. (Weißer.) Alfons Bader, Hilfsarb., 28 J. (Teutschneureut.) Wilh. Ehrmann, Maurer, 69 J. Wilh. Friedr. Grether, Maurer, 58 Jahre alt. Kiel. Max Mündke, Maurer, 58 Jahre alt. (Holtenu.) Karl Stoltenberg, Maurer, 48 Jahre. Kreuzburg. (Bodland.) Johann Glomb, Maurer, 53 J. (Schmarb.) Karl Wyzysk, Maurer, 40 Jahre alt. Lauenburg i. Pom. Gustav Beah, Dfenseh., 59 Jahre. Willi Neubauer, Dfenseh., 40 Jahre alt. Magdeburg. Gustav Müller, Arbeiter, 54 Jahre alt. Marienwerder. Samuel Zugewski, Hilfsarb., 64 J. München. Karl Dertiz, Töpfer, 68 Jahre alt. (Ost.) Ernst Rodemerk, Hilfsarb., 33 Jahre alt. Münsfer. (Bronau.) Marinus Brechfeld, M., 74 J. Neumünster. (Nortorf.) Hugo Griese, Maurer, 43 J. Hermann Schwenk, Hilfsarbeiter, 48 Jahre alt. Plauen. (Theuma.) Otto Haller, Hilfsarb., 40 Jahre. Potsdam. Karl Hanney, 18 Jahre alt. Paul Kliemetschek, Hilfsarbeiter, 62 Jahre alt. August Klitz, Maurer, 76 Jahre alt. Karl Thürnagel, Hilfsarbeiter, 52 Jahre alt. Querfurt. Karl Lippold, Maurer, 63 Jahre alt. Reddinghausen. Karl Stewermür, Erdarbeiter, 30 J. Kurt Täsler, Maurer, 23 Jahre alt. Remscheid. (Radevormwald.) Aug. Heimbrock sen., Maurer, 58 Jahre alt. Saarbrücken. (Neunkirchen.) Hans Schneider, M., 19 J. Schwerin. August Stargardt, Maurer, 76 Jahre alt. Stralsund. Heinrich Trahms, Hilfsarbeiter, 72 Jahre. Wittenberg. (Seida.) Heinrich Wäsch, Maur., 60 J. Zeitl. Wilhelm Voigt, Maurer, 32 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken!

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bau- und anderer gewerblicher Arbeiter

#### „Grundstein zur Einigkeit“

Sitz Hamburg, Wallstr. 11. (Zuschußkasse).

Der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands und die verheerenden Eingriffe in die deutsche Sozialversicherung durch die Notverordnung schlägt der deutschen Arbeiterschaft tiefe Wunden. Die Unterfützungszürzungen in der Sozialversicherung zwingen jeden für seine Familie besorgten Arbeiter, noch nach einer Aufbesserung zur Krankenunterfützung zu streben. Unsere Kasse bietet in solchen Fällen eine sichere Unterfützung. Sie ist kein Erwerbsunternehmen, sondern ein gemeinnütziges Unternehmen mit sehr niedrigen Beiträgen. Sie bietet in Krankheitsfällen bei nur einem Beitrag von 80 J eine wöchentliche Beihilfe von 12 M., bei 70 J 12,50 M., bei 60 J 10,50 M. Außerdem wird eine Bestattungsbeihilfe bis zu 128 M. in der 1. Klasse, bis zu 112 M. in der 2. Klasse und bis zu 96 M. in der 3. Klasse gezahlt. Es ist dringend zu raten, daß jeder Arbeiter eine Doppelversicherung in unserer Kasse eingeht. Anmeldungen nehmen alle Baugewerkschaften, außerdem die in 350 Orten bestehenden Ortsvereinigungen und die Zentrale der Kasse in Hamburg 25, Wallstr. 11, entgegen. Der Vorstand: A. Bock.

## Bücher u. Schriften

Veränderungen in der Krankenversicherung. Mit Begründung, Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, 2. Auflage. Von Helmuth Lehmann. Preis 1,80 M. broschiert. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen, Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 137. — In der geschichtlichen Krankenversicherung sind durch die Notverordnung einschneidende Veränderungen vorgenommen worden. In dieser Schrift hat Helmuth Lehmann, geschäftsführender Vorsitzender des Hauptverbandes der deutschen Krankenkassen, die neuen Vorschriften in klarer, übersichtlicher Form den bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen gegenübergestellt. Außerdem ist der Zweck der einzelnen Paragraphen erläutert worden. Die Schrift ist ein zuverlässiger, sicherer Ratgeber bei der praktischen Durchführung der Veränderung in der Krankenversicherung. Die 2. Auflage ist erheblich erweitert worden. Sie gehört in die Hand aller denen, die irgendwie mit der Durchführung der Krankenversicherung zu tun haben. Sie soll dazu beitragen, den Vorständen die Aufgabe zu erleichtern, die neuen Vorschriften im sozialen Geist anzuwenden.

Der baupolizeiliche Feuerlösch in Wohngebäuden für Stadt und Land“ mit 170 Abbildungen von Dipl.-Ing. Schulze-Wechsungen, Stadibrat an der staatl. Baugewerkschule, Verlag H. W. Sany's Erben, Berlin SW. 68, Zimmerstr. 29. Preis in Leinen gebunden 15 M. — In dem etwa 350 Seiten starken Buche werden verallgemeinert für alle preussischen Provinzen die polizeilichen Bauvorschriften der Bauordnungen für Städte und das platte Land (Wohngebäude sowie Gebäude mit landwirtschaftlichen und Heingewerblichen Betrieben) eingehend besprochen und erläutert. An Hand der zahlreichsten Abbildungen wird gezeigt, wie die Bauausführungen beschaffen sein müssen, um den Forderungen eines ausreichenden Feuerlösches zu genügen.

Wettermanns Monatshefte. Das Oktoberheft des Jubiläumsjahrganges dieser Zeitschrift liegt vor. Es ist besonders schön ausgestattet. Genannt sei die Novelle des bekannten englischen Erzählers John Galsworthy: „Nicholas Reg“. Von der jungen Generation ist Ernst Penzoldt mit der Novelle „Christiane und Pier“ vertreten. Beiträge über Film, Musik, Theater, Sport, Reisen, Wochenendfahrten sowie eine Annahme von buntenfarbigen Abbildungen und Kunstbeilagen machen das Heft besonders interessant. Erwähnt seien auch die den einzelnen Heften beiliegenden Klatschkarten. Den hundertförmigen Bestehen können die bereits erschienenen Karten gegen einen geringen Betrag nachbezogen. Auf Grund einer Abmachung mit dem Verlag Georg Westermann, Braunschweig, können unsere Leser gegen Einzahlung von 30 J in Marken ein weiteres Heft als Probeheft verlangen. Man möge von dieser Vergünstigung Gebrauch machen.

Verlag: Deutscher Baugewerksbund (Nikolaus Bernburg). Schriftleiter: Arthur Schmitz. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Paul Lange. Berlin SW 11. Druck: Vorwärts Buchdruckerei, Berlin SW 68.



Die Chöre des deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes nur auf **homocord** SCHALL-PLATTEN

Die zwei schönsten Arbeiter-Chorplatten.  
 4-2293: Empor zum Licht / 4-2349: Brüder zur Sonne  
 In allen einschlägigen Geschäften erhältlich. Bezugsquellen-Nachweis durch **Homophon-Company, GmbH., Berlin SW 68**

**Rundfunkhörer, tretet dem Arbeiter-Radio-Bund bei!**



**DAS SCHRECKGESPENST** Nachdem aber Haus Neuberger für den Zigarettenfachmann war den Kampf gegen den Tabak- bislang der gelbliche Tabak- staub aufgenommen hat, strah- len die Räume unserer Fabriken vor Sauberkeit. Gleichzeitig wurde den Zigaretten, die in staubfreien Arbeitssälen her- gestellt werden, jeder bittere Beigeschmack genommen und eine ganz gleichmäßig bren- nende Füllung sichergestellt.

**HAUS NEUBERGER G.M.B.H.**

**OVERSTOLZ 5 PF.**  
staubfrei  
schmeckt niemals bitter!

Sie können unsere Angaben nachprüfen:  
 Wenn Sie durch eine Haus Neuberger- Zigarette blasen - ehe sie brennt -, so werden Sie keine Spur von Staub bemerken.

**Realiste Bezugsquelle!**  
**Neue Gänsefedern**  
 von der Gans gerupft mit Daunen, dopp. gereinigt, Pfd. 3.—, diese beste Qualität 3,50, nur kleine Federn (Halbdaunen) 5.—, 3/4 Daunen 6,75, gereinigte, geriss. Federn mit Daunen 4.— u. 5.—, hochfeine, prima 5,75, allerfeinste 7,50. 1a Volldaunen 9.— u. 10,50. Für reelle, staubfr. Ware Garant. Versand geg. Nachn. ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgef. nehme auf meine Kost. zurück.  
**Willy Manteuffel, Gänsemast, Gegr. 1852, Neutrebbin 5 b (Oderbr.)**

**EISU-Betten** Schlafst.-, Stahlst.-, Kinderb., Polst., Chaisel., an jeden Teilzahlk. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Wir liefern an Jedermann **Tuche** Herren-Staffe ab 10 Stk. Damen-Staffe ab 10 Stk. Muster sofort. **Fabrik** Lehmann & Assmy, Aeltestes Tuchversandhaus mit eig. Fabrikation Spremberg i. L. 3

**Nichtraucher** In 3 Tagen Auskunft kostenlos! **Sanitas-Depot, Halle a. d. S. 174 L.**

**Gebrauchswaren**, hygien. Artikel. Preisl. G 1 grat. „Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jacobstr. 8

**Bauschule Rastede i. Oldbg.**  
 von C. Rohde Programm frei  
**Polierkurs. u. Vorbereit. auf die Meisterprüfung Eisenbetonbau.**

**Echte nordländische Isländer**  
 Marke Nordland, Eisbär u. Spitzbergen, ohne od. mit Reißverschluss.  
 Preisliste gratis.  
 Mechanische Kleiderfabrik **Versandhaus Fritz Ulrich** Altona-Elbe 7, Gustavstr. 56-60

**Fordern Sie überall Original M. Mosberg**  
 Die beste Kleidung i. Bauhandwerker  
 Die bewährtesten Werkzeuge.  
 Die althergebrachten schen Isländer.  
 Stets genau auf Firma und Schutzmarke achten.  
 Wo nicht vertreten, direkter Versand ab Bielefeld. — Preislisten gratis.  
**Firma M. Mosberg, Bielefeld, Jöllenbecker Straße 55**

**Es war einmal ein Radfahrer,**  
 der sich jahrelang mit Öl- und Karbidlampen herumquälte und dazu noch eine Menge Geld für Betriebsstoff, Reparaturen und Zündhölzer vergeudete. Nachfahrten waren für ihn höchst unangenehm. Heute hat er elektrisches Licht, das ihm keinen Ärger verursacht und das ihn nichts kostet. Nachfahrten unternimmt er jetzt im Gefühl voller Sicherheit, der BOSCH-Scheinwerfer läßt alle Hindernisse rechtzeitig erkennen. Ja, selbst bei Regen und Sturm leuchtet unverändert stark und nie verlöschend das **Radlicht von BOSCH**



Preis ohne Batterie RM 15.—  
 In allen guten Fachgeschäften zu haben  
**ROBERT BOSCH AG., STUTTGART**

**Preußisch-Süddeutsche Staatslotterie**  
**Man kann jetzt viel eher und viel mehr gewinnen. Bisher 62 Mill., jetzt fast 114 Millionen Mk.**  
 1/2 Los 5,— Mk., 1/4 Los 10,— Mk., 1/2 Los 20,— Mk.  
**Ziehung: 24. bis 25. Oktober**  
 Bestellung sofort, Zahlung bis 15. Oktober  
 Staatl. Lotterie-Einnahme, Berlin SW 11/2, Stresemannstraße 103 (zwisch. Anh. u. Potsd. Bhf.). Kurfürst 44 22.

**Nur 5,50 M. Komplettes Küchenbesteck**  
 6 Elöffel  
 6 Eßgabeln  
 6 Kaffeelöffel  
 6 Tafelmesser  
 1 Brotmesser  
 1 Küchenmesser  
 1 Messerschärfel  
 1 H. Besteckkorb  
 Löffel u. Gab. fein poliert. Martinstahl, verzinkt, silberähnlichen Glanz, Messerla Stahl, 28 Bogenstäbd. nur 5,50 M. u. Porto gegen Nachn. Garant. Zurückn. Katal. unserer Waren gratis u. franko. **Stahlwaren-Fabr. und Versandhaus E.v.d. Steinen & Cie. Wald-Sölling. 202**

**Saubsägen**  
 HOLZWERKZEUGE VORLAGEN KAT. GRATIS BREITENDE  
 Mutterstadt 37 Pfalz.  
**Isländer 10,- M.**  
 Zweidraht-Flas. 6-, 8-, 9-, 10-, 12, 50 Mk. Herkules . . . . . 13,- M. sendet Honfeldt, Dresden-N. 6, Ritter Straße 2.

**Mauerhosen**  
 Zweidraht, jetzt 6 u. 8,00 Mk. Dreidrahtleder . . . 12,50 Mk. Viele freiwillige Anerkennungen. Muster gratis u. franko. **Herbert Fritsche, Niederoderwitz i. S.**  
 Tragt unsere **Bundesnadel**

**Josef Witt, Weiden (Opl.)**  
 Aeltestes u. größtes Spezial-Versandhaus der Art Deutschlands  
**mit eig. Spinnerei von 32 500 Spindeln, mit eig. Weberei von 640 Webstühlen**  
 gibt kurze Zeit ab:

Nr.	Preise per Meter	Breite	Mk. Pf.
85	Gardinen, sog. Vorhangstoff, a. pr. f. Garn., m. indanthron-goldfarb. Streifen . . .	70 cm	0.24
86	Weißes Hemdentuch, leichte Sorte m. Schnittkante	70 cm	0.25
87	Weißes Hemdentuch, f. gute halbt. Wäschestücke	80 cm	0.45
88	Weißes Hemdentuch, mittelst. fäd., dicht geschl. vorzügl. Qualität für besond. solide gute Wäschestücke . . .	80 cm	0.65
89	Weißes Maccotuch, s. feinfäd., dicht geschl., aus gar. rein ägypt. Baumwolle für bes. feine bessere Hemden und Wäschestücke . . .	80 cm	0.72
90	Baumwolltuch, ungebleicht, sehr strapazierbar, fast unverwüstl. i. Gebrauch	75 cm	0.49
91	Hemdenflanell, indanthronfarb., gestreift, gute, besond. reißfeste Sorte . . . . .	72 cm	0.38
92	Hemdenflanell, außerordentl. haltbare, fast unzerreißbare kräft. Qual., fast unverwüstl. i. Gebrauch.	78 cm	0.64
93	Handtücher, dicht geschloss., kräft. Strapazierqual.	40 cm	0.45
94	Hemdenzephir, auch f. Blusen geeignet, gute Sorte, schöne Muster . . . . .	70 cm	0.48
95	Wischtücher, gute Sorte, strapazierb., 45x45 cm, p. 1/2 Dtz.		0.98
96	Damentaschentücher, weiß, gute, sol. Sorte, m. Hohls., 30x30 cm, per 1/2 Dutzend .		0.88

**Gelegenheitskauf!**  
 97 Weißes Hemdentuch, rein weiß, gar. reine, ausgekocht. Baumwolle, o. jed. Appretur-zus., dicht geschl. dah. ganz vorzügl., bes. gt. Qual. 80 cm  
**0.66**

**Bis auf weiteres erhalten Sie auf dies. Preise noch 10% Rabatt. An Stelle des Rabattes auf Wunsch kostenl. eine schöne, gutgehende Wanduhr oder Standuhr oder 7 Meter haltbare zurückgesetzte Stoffe.**

Abgabe von jedem Artikel bis 100 m bzw. 20 Dtzd. an einen Kunden. Versand erf. p. Nachn. v. Mk. 10.— an. Portofreie Lieferung von Mk. 20.— an. **Zurückn. jeder Ware auf m. Kosten. Zurückbezahlung d. vollen ausgelegten Betrages, w. trotz d. Billigkeit etwas nicht entspr. sollte. Zurückbezahlung d. voll. Betrag. auch dann, wenn Sie nicht d. volle einwandfr. Ueberzeugung finden, daß meine Waren unter Berücksichtigung d. guten Qualitäten bedeutend billiger als anderswärts sind.**  
**Jos. Witt, Weiden 54 Opl.**

Diese **Wahr** 24-Std.-Zifferbl. 1a Ank.-werk. v. m. verg. Ränd. sow. g. Kaval.-kett. m. 2jäh. schriftl. Gar. f. n. zus. 6,50 Mk. **Erwin R. Berthold, Halle a. S. 21**

**Die Weltmode**  
 sind Siegelringe. Im Jahre 1929 wurden Millionen Siegelringe nach Amerika exportiert. Unsere Spezialität sind Siegelringe verschiedenster Form aus echt 14 Karat Goldfüll (nur echt mit Stempel und Fabrikmarke), und wir gewähren trotz der fabelhaft billigen Preise auf jeden Ring 5 Jahre schriftliche Garantie. Katalog Nr. 34 (32 Seiten stark) und auf Wunsch eine S & M Rasierklinge mit Anleitung zum Selbst-rasieren zur Probe vollkommen kostenlos! Preis für 10 Stk. S & M Kilgen M. 1,80

Unser Reklamering Nr. 520, hochelegant und vornehm ziseliert, mit Monogramm von 2 Buchstaben handgraviert kostet **nur 1,90 M.** Bei Voreinsendung auch in Briefmarken franko. Nachnahme 35 Pf. mehr (Ausland 1.05). Als Größe genügt Papierstreifen. Vertreter ges. d. H. Sims & Mayer A 208 Berlin - Lichterfelde - Ost.

**Stoffe**  
 nirgends bess. u. billig. l. Prüf. Sie selbst u. verlangen Sie völlig kostenl. Muster von Tuchen, Herrenanzugstoffen, Damen-, Kleider- u. Mantelstoffen! Deutsch. u. engl. Neuheit in über-ragend. Ausw. Tuch - Wimpfheimer Augsburg 78.